

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 33 Pf. Postanweisung Nr. 4069, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pf., für Verammlungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 207.

Freitag, den 5. September 1902.

9. Jahrgang.

Siehe vier Beilagen.

Unsere „theureren“ Kolonien.

Wie in den Vorjahren, so gestattet auch diesmal das kürzlich aufs Neue erschienene „Statistische Jahrbuch für das deutsche Reich“, einen Ueberblick auf die Entwicklung unseres der Größe nach recht stattlichen Kolonialbesitzes zu werfen. Die stimmigen, unparteiischen amtlichen Ziffern sprechen eine beredte Sprache.

Wollte man der tabellarischen Uebersicht über die Gestaltung des Handels in den Schutzgebieten für die Jahre 1896 bis 1900 folgen, so wäre allerdings eine zwar langsame aber doch deutliche Aufwärtsbewegung unverkennbar. Die Einfuhr unserer afrikanischen Kolonien hob sich in dieser Periode von 20,8 auf 36,2 Mill. M. Warenwerth, ihre Ausfuhr von 11 auf 14,1 Mill. Mark. Auch bei den deutschen Südsee-Schutzgebieten wäre eine Steigerung der Handelsbilanz unverkennbar.

Danach hätte es den Anschein, als ob die gewaltigen Opfer, welche das deutsche Volk für jene Kolonien gebracht, Opfer, die sich durchaus nicht in den hohen Ziffern der stetig anschwellenden Reichszuschüsse erschöpfen, sich etwas schwer aber glücklich doch ausgleichen werden. Eine „ehrlische Probe“ verlangten ja unsere Kolonialherren bei Inaugurierung dieser Politik in allen Tonarten —

Alles scheint es; bringt man aber tiefer in das hier aufgerollte Ziffernbild ein, so sieht man erst, wie hier das Unzulängliche Ereigniß wird.

Eine wirklich aufsteigende Bewegung ihres auswärtigen Handels haben lediglich Kamerun und Togo zu verzeichnen. Die Einfuhr hat sich von 5,3 auf 14,2 bzw. von 1,9 auf 3,5 Millionen Mark Warenwerth gehoben und ebenso die Ausfuhr von 4,0 auf 5,9 bzw. von 1,6 auf 3,0 Mill. Mark. Wobei wir freilich bedenken, daß der Etat von Kamerun in den Jahren von 1892 bis 1902 von 506 auf 4237 Millionen Mark angewachsen ist und daß bei dem jetzigen Stande nur 2032 Millionen Mark eigener Einnahmen dieser Kolonie einem Reichszuschusse von 2205 Mill. Mark gegenüberstehen. Noch ungünstiger gestaltet sich dieses Verhältniß bei Togo, das in früheren Jahren sich selbst durch eigene Einnahmen erhielt, in der gleichen Periode einen Zuwachs des Etats von 116 auf 1650 Millionen Mark verzeichnete und nunmehr neben nur 635 Millionen Mark eigener Einnahmen eines Reichszuschusses von nicht weniger als 1015 Millionen Mark — mithin nahezu noch einmal so viel — bedürft. Die Zunahme des Handelsverkehrs steht somit in keinem Verhältniß zu der Steigerung der vom Reich hereingesteckten Kapitalien.

Aber die Schmerzskinder der deutschen Kolonialpolitik bleiben doch Ost- und Südwest-Afrika. Die Einfuhr Ostafrikas hat sich zwar im Jahre 1900 um 600 000 Mark gegen das Vorjahr gehoben, blieb aber immer noch um 420 000 Mk. gegen die des Jahres 1898 zurück. Nach den für das Jahr 1901 angezeigten Ziffern der deutschen Einfuhr von dort ergab dieses Jahr einen weiteren Ausfall. Genau das gleiche Ergebnis liefert die Ausführstatistik Ostafrikas. Sie übertraf die des Vorjahres nur ganz unbedeutend und blieb sogar hinter der des Jahres 1897 und 1898 zurück. Noch bedenklicher sah es mit der deutschen dahin gerichteten Ausfuhr im Jahr 1901 aus, die sich mit 3,1 Mill. Mark Warenwerth um volle 900 000 Mk. gegen das Vorjahr minderte.

Am allerbedenklichsten steht es endlich um Südwest-Afrika, das einen Reichszuschuß von nicht weniger als 7635 Millionen Mark neben 2894 Millionen außerordentlicher Ausgaben, ungerichtet der Reservefonds erforderte. Hier fiel die Einfuhr um 2 Millionen Mark, das heißt um mehr als den fünften Theil der gesamten, die Ausfuhr aber ist mit nur 908 000 Mark überhaupt die niedrigste, die jemals dort zu konstatiren war. Im Jahre 1901 setzte sich diese rückläufige Bewegung noch fort; wenigstens sank die Einfuhr in das deutsche Zollgebiet von 317 000 auf ganze 280 000 Mk., während die Ausfuhr stieg — aber lediglich durch die Bahnbauten in diesem wüsten Gebiete (Zement, Holz, Lokomotiven, Bier etc.)

Die bezüglichen Ziffern des Handelsverkehrs aus Neu-Guinea, den Carolinen und Marianen, den Marshall-Inseln und Samoa sind viel zu unbedeutend und vor Allem erst zu kurze Zeit angegeben, um vergleichbar zu sein. Von einer bemerkenswerthen Zunahme ist aber auch dort nicht die Rede.

Allein das wichtigste Resultat der Handelsbilanz ist das am wenigsten erfreuliche, daß der Warenwerth des Verkehrs der hauptsächlichsten deutschen Kolonien mit dem — so zu sagen — Mutterlande, dem deutschen Zollvereine, der ohnehin nur geringfügig war, sich im Jahre 1901 noch um mehr als 3,3 Millionen Mark gegen das Vorjahr gemindert hat. (Im Ganzen 27,6 gegen 30,9 Millionen Mark). Diese Statistik bezieht sich auf Ost-, West- und Südwest-Afrika, Kiautschau, Neu-Guinea und Samoa, der Werth der Ausfuhr nach Deutschland, der sich nur auf 6,7 Millionen

Mark belief — noch ein Drittel der Gesamttausfuhr — ist im Jahre 1901 um eine halbe Million gefallen und in noch stärkerem Maßstabe der Werth der deutschen dahin gerichteten Einfuhr von 24,2 auf 21,2 Millionen Mark. Der Antheil des deutschen Handels an der Einfuhr mag sich auf etwa 60 Proz. belaufen — es sind aber fast ausschließlich Bedarfsartikel für die Leute und für die Schutztruppen wie die wenigen Europäer daselbst.

Am wunderbarsten nimmt sich die Handelsbilanz von Kiautschau aus. Dieser „Platz an der Sonne“ führte Waaren im Gesamtwerthe von 99 000 bzw. 21 000 Mk. in den beiden letzten Jahren nach dem deutschen Zollgebiete aus, während wir dahin für 5,8 beziehungsweise 5,3 Mill. Mark deutsche Waaren exportirten. Und welche Waaren! Kohlen, Zement, Eisenbahnschienen und Lokomotiven, dann Bier in Flaschen. Alles Andere ist nicht der Rede werth. Und dieses „Plätzchen“ brachte ganze 300 000 Mark eigener Einnahmen auf, verschlang dagegen bloß 12 Millionen Mark Reichszuschuß neben 7,4 Millionen Mark sogenannter einmaliger Ausgaben, den Reservefonds, die üblichen Staatsüberschreitungen und die auf anderen Staats gebuchten großen Aufwendungen (Marine, Heeres-, Post- u. c. Etat) ganz ungerichtet.

So lange wir im Golde schwammen, konnte man sich vielleicht diesen Luxus gestatten. Die Zeit der ehrlichen Probe ist längst vorbei. Angesichts dieser Ziffern muß doch endlich auch den Kolonialherren die Ueberzeugung dämmern, daß die Fortführung dieser Spielerei Unsummen kosten wird, die wir daheim besser verwenden können, ohne daß auch nur ein kleines Zeichen vorhanden ist, daß unsere Kindeskinder sich an diesen Früchten unseres verfehlten Wagemuthes erfreuen können.

Die Zeit ist zu ernst für derlei Spielereien. Die Ziffern predigen die alte Wahrheit, welche jedoch nicht oft genug wiederholt werden kann. Je früher wir die Kolonien los werden, desto besser für das deutsche Volk!

Politische Hundschau.

Deutschland.

Ueber das „Kartell der Linken“ fabulirten bekanntlich jüngst einige freimüthige Blätter, nachdem der Abg. Dr. Barth in seiner „Nation“ die Frage aufs Tapet gebracht hatte. Zu diesem Vorschlag äußert sich nun unser alter Strategie Ignaz Auer in einem Artikel, den er über den Parteitag in München in den „Soz. Monatsheften“ erscheinen läßt, sehr treffend wie folgt: „Der im nächsten Jahre bevorstehende Reichstagswahlkampf macht es nothwendig, daß in München auch über die Stellung der Partei bei eventuellen Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien beschossen wird. Damit wird dann auch die Frage des Kartells der gesamten Linken für uns ihre Erledigung finden. Langer Diskussionen wird es darüber auf dem Parteitag nicht bedürfen. Von einem Kartell der gesamten Linken, also vom linken Flügel der Nationalliberalen bis zur Sozialdemokratie, kann nur träumen, wer vom Wejen des Klassenkampfes und der Klassengegnerschaft keine Ahnung hat. Für unsere Partei ist der Vorschlag einfach nicht diskutirbar, und ob er in bürgerlichen Kreisen — mit Ausnahme von ein paar ideologischen Liberalen, denen es in ihrer Hülfsangst und Wange wird, — überhaupt ernst genommen wird, ist uns sehr zweifelhaft. Unsere Partei wird überall, wo sie Anhänger hat, selbstständig in den Wahlkampf eintreten. Bei nothwendig werdenden Stichwahlen aber, an denen unsere Partei nicht direkt theilnimmt, werden unsere Genossen so handeln, wie sie bisher schon immer gehandelt haben. Niederkunft der Reaktion! wird nach wie vor unsere Losung sein. Wo es uns aber nicht möglich ist, dieser Losung durch die Wahl eines Parteigenossen vollen Ausdruck zu geben, wie bei Stichwahlen zwischen Gegnern, werden unsere Genossen, wenn sie überhaupt in den Wahlkampf eingreifen, der Parole vom Kleinern Uebel folgen. Dabei bleibt jede Spekulation auf Gegenseitigkeit vollständig ausgeschlossen. Unsere Genossen wissen, daß mit Ausnahme verschwindender Bruchtheile der gesamte Linksliberalismus, wenn er wählen soll zwischen einem Sozialdemokraten und einem brot- und zollwucherischen Junker, jedesmal dem Letzteren seine Stimme geben wird. Der Klasseninstinkt ist stärker als die politische Ueberzeugung. Wenn unsere Genossen trotzdem in vielen Fällen für die Liberalen eintreten werden, so geschieht dies im eigenen Interesse für unsere Partei und nicht aus Vorliebe für den Liberalismus. Es giebt immer noch eine Reihe politischer Handlungen, für die der letztere nicht zu haben ist, denen aber der konervative Reaktionspartei sofort zustimmt. Es sei hier nur an die weitere Einschränkung des Koalitionsrechts erinnert. Um für solche Pläne eine Majorität im Reichstag zu verhindern, liegt es im Interesse unserer Partei, neben möglicher Stärkung der eigenen Reihen auch dafür Sorge zu tragen, daß der konservativen Reaktion möglichst Abbruch gethan wird.

Das sind die nüchternen Erwägungen, die unser Verhalten gegenüber dem Linksliberalismus bestimmen. Zu der Spielerei mit dem Gedanken eines Kartells der gesamten Linken ist unsere Partei aber nicht zu haben.

Der Posener Nibelungen Noth und Klage. Eine steinerweichende, für gewisse Kreise der Posener Bureaucratie ungemein charakteristische Klage wird in der „Post. Stg.“ laut. Es heißt in dem „Leid“-Artikel:

„Einen kleinen Nistort in deutschen Kreisen haben die Einladungen, oder richtiger die vermissten Einladungen zur Hofstafel hervorgerufen. Während die Provinz viel reichlicher bedacht worden ist und von hier neben den Abgeordneten selbst Subalternbeamte (Man denke! Wenn da die „Höheren“ nicht vor Leid besäßen!) kleinere Bürgermeister hinzugezogen worden sind, und zwar aus besonderen politischen Gründen, erstrecken sich die Einladungen in der Stadt nur bis zum Rath 3. Klasse abwärts. Ganz zu spät hat man noch die Beamten, die zwischen dem Rath 3 und 4. Klasse stehen, die Oberregierungsräte, theilnehmen lassen. Diese Beschränkung hat die traurige Folge (1), daß nicht ein einziger Chef auch nur einer der wissenschaftlichen Anstalten, weder des Archivs, noch der Kaiser Wilhelm-Bibliothek noch des Museums, noch des hygienisch-pathologischen Instituts, noch der Gymnasien an der Hofstafel theilnimmt.“

Schrecklich! Entsetzlich! Fürchterlich! Wenn nur nicht das ganze Germanisirungswerk darunter leidet, daß diesen armen Bergesenen die „Subalternbeamten und kleineren Bürgermeister“ das Bruntmahls-Menü vor der Nase wegessen!

Ein „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ soll vom 1. Oktober ab in Berlin erscheinen. Nach dem Prospekt stehen hinter ihr „die hervorragendsten Arbeitgeberverbände.“ Das Blatt will „die Waffe des organisierten Arbeitgebers in gleicher Weise werden, wie es die sozialdemokratische Presse für die organisierten Arbeitnehmer ist.“ — Von dieser „Loyalen“ Konkurrenz werden Blätter vom Schlage der „Lüb. Anz.“ wenig erbaut sein!

Massenerkrankungen infolge der Fleischnoth. Aus Erfurt wird gemeldet: Die hier herrschende Fleischnoth und enorme Fleischtheuerung haben auch schon dahin getrieben, daß Fleisch zum Gebrauch kommt, das Maffenerkrankungen zeitigt hat. Bei einem großen Theile der Anwohner der hiesigen Thomastraße, vor allem auch bei Arbeitern einer dortigen Schuhfabrik und der Eisenbahnwerkstatt des Erkrankungserscheinungen aufgetreten, die auf den Genuß des von einer bestimmten Stelle bezogenen Schweinefleisches zurückgeführt werden. Die Eisenbahnwerkstatt giebt deshalb schon durch Anschlag bekannt, daß vor dem Genuße rohen Schweinefleisches gewarnt werde. In der Stadt herrscht infolge dieser Erkrankungen eine starke Erregung. — Nach Poser nunmehr Erfurt; welche Stadt wird jetzt folgen? Die Regierung aber in ihrer agrarischen Weisheit denkt noch immer nicht daran, die Grenzen zu öffnen!

Zur Fleischnoth. Wie sehr selbst in agrarischen Kreisen angefaßt der fortwährenden Erhöhung der Fleischpreise die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Aufhebung der holländischen Viehsperre um sich greift, beweist eine Zuschrift von landwirthschaftlicher Seite an die „Niederrh. Volksztg.“ in Krefeld, die als einziges Mittel gegen die Fleischtheuerung die Oeffnung der holländischen Grenze für Schlachtvieh empfiehlt, nachdem in den dortigen Bezirken die Maul- und Klauenseuche wohl vollständig erloschen sei. Durch eine möglichst scharfe Kontrolle an der Grenze könnte außerdem die Einschleppung der Seuche verhindert werden, während gewiß auch den holländischen Produzenten daran gelegen sei, nur gute Waare zu liefern, weil sie sich sonst selbst schaden würden. Schon vor längerer Zeit habe ein Bürgermeister, der im Rheinischen Bauern-Verein hervorragend thätig sei, sich dahin geäußert, er könne nicht begreifen, wie die Verwaltungsmäßregel gegen ein bestreudetes Land noch aufrecht erhalten werden könne, da Holland Schlachtvieh im Uebermaße habe und bei uns ein solch unerhörtes Mangel herrsche! Der Einsender gelangt unter diesen Umständen zu der Forderung, daß die Regierung die Grenzsperrre aufheben und so der Fleischnoth im Volke steuern möge.

Herr v. Poddieleski und die Fleischnoth. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung der Stadt Königsberg hatten seiner Zeit eine Petition um Gestattung der Einfuhr von 1000 Schweinen pro Woche über die russische Grenze an die Regierung gerichtet. Die Petition ist nunmehr abschlägig beschieden worden. Aus „veterinärpolizeilichen Gründen“ vermag Herr von Poddieleski angeblich dem Antrage nicht stattzugeben. — Warum erklärte Herr v. Poddieleski nicht einfach: Meine Freunde, die Agrarier, wollen das „fremde Viehzeug“ nicht haben, und deshalb müssen die Klappen zubleiben? Das wäre weit ehrlicher, und auch der Wahrheit viel näher gekommen, als diese bequeme Verschönerung hinter sog. veterinärpolizeilichen Gründen.

Die bösen Bayern. Boll Korn und Trauer berichten einige Chauvinisten-Blätter: „Die bayrische Gesandtschaft in Berlin flaggt am Sedan“

tage nicht mehr. Wir haben die gleiche Wahrnehmung bereits im vorigen Jahre gemacht, jedoch nahmen wir Anstand, damals auf diese auffällige Tatsache hinzuweisen, da, wie wir glaubten, zufällige Umstände die Unterlassung der Flaggenhissung veranlaßt hätten. Heute haben wir uns überzeugt, daß die Gesandtschaft den nationalen Festtag wiederum unbeachtet läßt, obwohl andere in der gleichen Straße belegene deutsche Gesandtschaften ihre Teilnahme daran durch die hochgezogene Fahne bekunden. Hiernach ist anzunehmen, daß das eigentümliche Verhalten der bayerischen Gesandtschaft auf generelle Weisung zurückzuführen ist. — Es ist zu schrecklich, daß die Bayern ausführen, die Erinnerung eines unseligen Krieges alljährlich neu zu erwecken.

Eine hochpolitische Erklärung hat der holländische Premierminister vom Haag aus erlassen, nachdem er (eben von seiner Auslandsreise dorthin zurückgekehrt) ist. Minister Kuyper dementierte auf das Bestimmteste die Gerüchte von einem Anschlusse Hollands an den Dreieund und von der Abtretung einer Kohlenstation an Deutschland. Seine Unterredungen mit den amtlichen Stellen in Wien, Berlin und Rom hätten ausschließlich wirtschaftlichen Fragen gegolten, insbesondere der projektirten Post-Union zwischen Deutschland, Oesterreich und Holland.

Katholische Sammelpolitik. Im heiligen Rom soll im Jahre 1902/03 schon wieder einmal ein Papstjubiläum gefeiert werden. Das ist natürlich die ureigenste Angelegenheit der katholischen Kirche, in die wir „gottlosen Sozialdemokraten“ uns um keinen Preis der Welt einmischen wollen. Auch kann es uns, im Grunde genommen, gleichgültig sein, wenn ein in Bologna sitzendes internationales Komitee die „ganze katholische Welt“ veranlassen will, sich an einer Sammlung zu beteiligen, aus deren Erträgniß dem Papst eine goldene Tiara verehrt werden soll. Aber von einem gewissen Interesse für die Allgemeinheit ist — mit Rücksicht auf die bekante rührende Geschichte von den mit Arbeitergroßen sich mächtenden sozialdemokratischen Agitatoren — ein von dem Bolognaer Komitee erlassenes vertrauliches Rundschreiben an die katholische Presse. Letztere wird in dem Zirkular gebeten, für diese Sammlung Propaganda zu machen. Die Redaktionen sollen u. A. selbst Spenden entgegennehmen, die Sammellisten ganz oder gekürzt abdrucken und Kollekturen aus ihren Abonnententreisen gewinnen. Solche aufopfernde Thätigkeit im Interesse der „guten Sache“ soll aber nicht unbelohnt bleiben, und das Zirkular sagt: „Sie selbst werden sich für die Ankosten an den einlaufenden Spenden schadlos halten.“ — Da soll nun wieder mal Einer behaupten, die Katholiken seien in geschäftlichen Dingen inferior. Zwar werden die wenigsten christlichen Schäfer in eine Ahnung davon haben, daß sich die katholischen Schmäde in solcher Weise brüderlich mit dem heiligen Vater in die frommen Spenden theilen. Aber das braucht man ihnen auch nicht auf die Nase zu binden, schließlich kann man sich auf ein alttestamentarisches Gebot berufen, das lautet, man solle dem Dämon, der da drischt, das Maul nicht verbinden. Aber auf das Ergebnis der Sammlungen selbst muß es den günstigsten Einfluß üben, wenn die katholische Presse — durch Gewährung von Provisionen für das Geschäft interessiert wird. Und der Papst besimmt dabei immer noch genug; sind doch von der Gesamtsumme der im Jahre 1901 eingegangenen „Beiträge ländlicher Liebe“ im Betrage von 268 188 Lire nur 48 891 Lire in Abzug gebracht worden, also wenig mehr als 18 Prozent. Aber das internationale Komitee weiß auch, daß der Sinn gut katholischer Berleger und Journalisten nicht nur nach schnödem Mammon steht. Und so schließt dann dieses Rundschreiben, nach der „Münch. Post“ wörtlich:

Um jedoch seine Dankbarkeit für den Beitritt und die geleistete Hilfe auszudrücken, wird außer internationales Komitee sehr gerne von Ihnen die Namen einiger zu Ihrer Redaktion gehöriger Personen entgegennehmen, welche es im Februar 1903 zur Dekorierung in Vorholog bringen möchte, eine für das Serbie mit Diplom, zwei für die Serbie mit Medaille und Diplom, und zwar dieses zu dem Kreuze, welches Ihnen anzubieten das Komitee für die Ehre geben wird, sollten Sie dasselbe nicht schon früher erhalten haben.

Die so außerordentlich günstige Diktion wird sicherlich ihren Zweck nicht verfehlen; sie zeigt zugleich aber auch, wie leicht und bequem es ein ultramontaner „Soldat der Feder“ es zu haben und Sprengzünden bringen kann.

Reinliche Scheidung! Der seit Dienstag in Florenz nach versammelte Genossenschaftstag beschloß auf Antrag des Anwaltes des Genossenschaftsverbandes, des freiwirtschaftlichen Abgeordneten Crüger, nach längerer stürmischer Erörterung und namentlicher Abstimmung mit 268 gegen 84 Stimmen neuanneunzig Konsumvereine vom Verbande auszuscheiden, weil sie „sozialdemokratische Tendenzen“ in den Verein trügen. — Octavio Crüger hat also seinen Willen erreicht; er ist die Opposition los. Auf wie lange?

Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister hat eine Eingabe betr. Beschaffung billiger, gesunder Arbeiterwohnungen an alle Staats- und Gemeindebehörden gerichtet. Gegen welche Vorschläge in Bezug auf die Beschaffung von Arbeiterwohnungen enthält diese Eingabe nicht. Sie steht auf dem Standpunkte, daß die Wohnungen zwar rechtlicher geworden sind, daß aber keine Wohnungsnoth bestehe. Der Zweck der Eingabe ist lediglich der, Staat und Kommunen von der Unterstützung gemeinsamer Bauplanen abzuhalten, ein Standpunkt, der verständlich ist, wenn man bedenkt, daß die führenden Baugewerksmeister gleichzeitig Bauunternehmer sind.

Ueber einen Zwischenfall, der sich bei der Kaiserparade in Posen zutrug, berichtet ein Berliner Blatt: Das Publikum war weithin abgeperlt; nur eine Tribüne war in der Nähe errichtet. Auch die Kriegervereine der ganzen Provinz, die den Kaiser unterwegs begrüßten, wurden vom Paradezuge abgesperrt. Sie durchbrachen aber den Drahtzaun und stürzten zur Tribüne, wurden jedoch von der Gendarmerie und den Schützen zurückgehalten. Es entstand lauter Lärm. Ein Gendarm ritt in die Menge hinein, sein Pferd benetzte sich und ver wundete einen Mann. Dadurch entstand eine große Aufregung. Mehrere Vereine packten ihre Fahne ein und zogen ab. (!!) Gegen 1 Uhr wurde die Parade beendet. Der Kaiser ritt an der Spitze der Jahrgangspompes in die Stadt.

Neue politische Nachrichten. Die Centralfraktion des Reichstages ist, wie der „Vorwärts“ be-

richtet, auf den 16. d. M. einberufen worden, um über den Zolltarif zu beraten. — Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat Dienstag beschlossen, bei der Stadtverordnetenversammlung den dringlichen Antrag zu stellen, den Magistrat aufzufordern, mit ihr gemeinsam beim Bundesrat die Aufhebung des Vieheinfuhrverbotes zu beantragen. Die freiwirtschaftlichen Fraktionen haben ähnliche Anträge eingebracht. — Wie die „Sächs. Arbeiterzeitung“ ausrechnet, stehen im Vogtlande nicht weniger als 4000 Weibhühler still. — 49 ehemalige Burenkrieger deutscher Nationalität, darunter 3 Offiziere, die zum größten Theil seit langer Zeit auf St Helena in englischer Gefangenschaft gewesen waren, sind in der Nacht zum Dienstag mit dem Reichspostdampfer „Herzog“ in Hamburg angekommen und von den Vertretern des Burenhilfskomitees, des Aldeutschen Verbandes und des Zentralverbandes des Roten Kreuzes bewillkommt worden. — Die Hoffnung „Bäckerdenk“ auf die Geburt eines Kronprinzen in Russland ist aufs Neue geläuscht worden. Der russische „Regierungsanzeiger“ meldet: Vor einigen Monaten zeigte sich im Zustande der Kaiserin Veränderungen, welche eine Schwangerschaft vermuten ließen; jetzt endigte infolge Abenkung von dem Laufe die Schwangerschaft mit einer Fehlgeburt, welche ohne Komplikationen bei normaler Temperatur und normalen Puls stattfand. Der hiesige „General-Anzeiger“ hatte diese Nachricht für so „hochwichtig“ angesehen, daß er sie sogar durch Extrablätter im Laufe des gestrigen Nachmittags verbreitete. Weiter kann man wohl den Byzantinismus nicht treiben!

Dänemark.

Von der dänischen Genossenschaftsbewegung. Die kooperative Wirksamkeit hat bekanntlich in Dänemark besonders auf dem Gebiete der Landwirtschaft bedeutende Resultate erzielt. Die Genossenschaftsvereine oder „Antheilsvereine“, wie sie auch genannt werden — umfassen außerwärts Meiereien, Schlächtereien und Exportvereine; sie haben 400 000 Mitglieder, deren Produktion an Butter, Speck und Eier 178 Millionen Kronen beträgt. Die bedeutende Wirksamkeit, die im Laufe der letzten zwanzig Jahre geschaffen worden ist, fängt nun auch an, sich unter den Arbeitern und Handwerkern geltend zu machen. So haben die Arbeiter, wie eine Zeitschrift an die „Frankfurter Zeitung“ besagt, in der letzten Zeit eine Reihe kooperativer Unternehmungen, sowie gemeinschaftliche Wägereien, Margarinefabriken, Fleisch- und Milchverkäufe usw. ins Leben gerufen und sogar eine große gemeinschaftliche Brauerei errichtet, die den Kampf gegen die großen privaten Brauereien aufzunehmen gedenkt. Noch mehr haben die Handwerker in dieser Beziehung ausgerichtet. Man sucht nicht nur in den Provinzstädten Handwerkerbanken zu errichten, sondern man hat auch eine Reihe Brandversicherungsvereine für Bäcker, Maler und andere Handwerker gegründet. Eine selbstständige Unfallversicherung für Handwerker existirt bereits und hat die Konkurrenz mit den in- und ausländischen Gesellschaften siegreich aufgenommen. Auch eine große Reihe anderer kooperativer Unternehmungen haben die Handwerker gegründet. Besonders die Sattler, Tischler und Buchbinder sind in dieser Beziehung sehr thätig und haben auch gute Erfolge erreicht.

Rußland.

Russische Geheimpolizei im Ausland. Eine ganze Reihe von Thatsachen der letzten Zeit spricht nach der „Leipz. Volksztg.“ dafür, daß der neue russische Minister des Innern, v. Plehwe, mit Hochdruck auf eine noch raffinirtere Ausgestaltung des Geheimagentendienstes hinarbeitet. Dabei scheint er es ganz besonders auf das Ausland abgesehen zu haben. Es hieß in diesem Frühjahr, daß der berühmte Spionenhauptling von Moskau, Subatow, mit seinem Generalstab einigen europäischen Staaten eine Visite abstatten wolle, daraus scheint aber nichts geworden zu sein. Nun liegen aber Nachrichten vor, daß vor kurzem doch noch eine Expedition abgegangen sei, die die russische Kolonie in Berlin, Zürich, London, Brüssel und noch einigen anderen Städten auszukundschaften habe. Verhaftungen, die auf der Grenze in der letzten Zeit stattgefunden haben, ließen erkennen, daß es wieder einmal eine unabwendbare Nothwendigkeit ist, auf alle Personen, die mit den Kolonien im Auslande in Berührung zu treten trachten, ein scharfes Auge zu lenken. Man scheint nun einem der Ecken auf die Spur gekommen zu sein: es ist ein gewisser Jaak Perisj aus Moskau, der den Versuch gemacht hat, in die verschiedenen sozialistischen Parteien einzudringen; so unter anderem auch in die österreichische in Lemberg, in die deutsche und italienische Sektion in St. Gallen und zuletzt in den deutschen Arbeiterverein in Genf. Es ist nachgewiesen, daß er in den Jahren 1898/99 russische Spitzdienste geleistet hat. In einer gemeinsamen Sitzung der Delegirten verschiedener Nationalitäten in Genf am 22. August ist es beschlossen worden, auf den genannten Jaak Perisj aufmerksam zu machen und vor ihm zu warnen. Jaak Perisj ist 28 Jahre alt, hat blondes Haar und Bart von der gleichen Farbe, sein Gesicht ist rund, bide, etwas gekrümmte Nase, helle, etwas schielende Augen, spricht deutsch, polnisch, russisch, französisch, italienisch, arabisch und den jüdischen Jargon.

„Ganz geheim!“ Die kürzlich an die Provinz-Gouverneure gelangte Instruktion zur Ueberwachung der revolutionären Propaganda ist von den revolutionären Geheimcomités veröffentlicht worden, noch ehe sie in die Hände der Gouverneure selbst gelangte. Diese Thatsache führte zu einer Untersuchung und diese ergab, wie dem „S. Fr.“ aus Petersburg gebrähet wird, daß schon seit längerer Zeit ähnliche Geheimclasse und Dokumente verschifft worden sind, und zwar aus verschiedenen Ministerien, besonders aus der Kanzlei des Ministeriums des Innern.

Oesterreich-Ungarn.

Verhängnisvolle Manöver. Nach einer Meldung der „Südungarischen Reform“ wurden bei dem selbstmässigen Schießen der ungarischen Manöver fünfzehn Honvedsoldaten getödtet oder schwer verletzt. Dreißig Mann erlitten Sonnenstich und wurden in das Militärhospital nach Temeswar transportirt.

Die Strawalle in Agram. Trotz des am Dienstag über die Stadt verhängten strengen Belagerungszustandes dauerten die Ausschreitungen in den Straßen und die Plünderungen der letzten Gebühre fort. Aus vielen Häusern wurde auf die Polizei geschossen und das Militär, welches alle Straßen besetzt hielt, wurde mit Steinen beworfen. Dienstag Abend wurde das Lokal der serbischen Bank abermals mit Steinen bombardirt. Vor der Stadt waren laute Demonstrationen angeordnet, die in die Stadt einbringen wollten. Nachts vertriehen Ueberläufer die Beschäftigten aus der Post zu befehlen. Aus der Provinz meldet

man gleichfalls blutige Exzesse, so z. B. aus dem Dorfe Zrabehe, wo durch eine Salve der Gendarmerie ein Exzess getödtet und mehrere verwundet wurden. — Nach den letzten Nachrichten soll nunmehr in Agram wieder Beruhigung eingetreten sein. Alle Verkehrspunkte sind militärisch besetzt und die oppositionellen Blätter beschlagnahmt worden. Die Zeitung „Soboran“, deren Artikel die Umrufen veranlaßten, stellte ihr Erscheinen ein.

Italien.

Der Ausstand in Florenz ist nunmehr gänzlich beendet. Auch die Metallarbeiter, in deren Interesse der Streik inszenirt war, nahmen die Arbeit wieder auf, ausgenommen 200 frühere Arbeiter von Pignone, die infolge des Ausstandes entlassen worden sind. Die Werkstätten der Straßenbahngesellschaft sind jedoch, angeblich aus Gründen der Disziplin, noch geschlossen. Die Stadt bietet wieder ihren gewöhnlichen Anblick dar.

Frankreich.

Vom Kulturkampfplak. Wegen Säkularisation des kongreganistischen Apts in Concarneau legte der Stadtrat sein Amt nieder. Mehrere hundert Personen veranfaßten Dienstag Abend in den Straßen eine Kundgebung, indem sie fromme Lieder anstimmten und Hochrufe auf die (keristale) Freiheit ausbrachten.

Die sozialistische Jugend kündigt eine große revolutionäre Kundgebung für den 21. September, dem Jahrestage der Gründung der Republik, an.

Boisjn freigesprochen. Im Revisionsverfahren Boisjn sprach das Kriegsgericht in Le Mans den Angeklagten mit fünf gegen zwei Stimmen frei. (Wir haben dieser Tage eingehend in der Beilage über den „Fall Boisjn“ berichtet. Red. d. L. Z.)

England.

Vom Trade-Union-Kongress meldet man der „Zeff. Ztg.“: Das Amendement, daß die Erwähnung der Krönung aus dem Jahresberichte des Trade-Union-Kongresses gestrichen werden sollte, wurde zuletzt bei der Abstimmung mit 162 gegen 69 Stimmen verworfen. Dagegen wurde das den Krieg als ungerecht verurteilende Amendement des Delegirten der ungelerten Arbeiter auch bei der Abstimmung nach der Zahl der vertretenen Stimmen angenommen. 591 000 der vertretenen Stimmen waren dafür, 314 000 dagegen. Ein Delegirter der sonst nicht als vorgeschritten geltenden Bergarbeiter von Northumberland unterstützte das Amendement und sagte, der Krieg sei nur im Interesse der Kapitalisten und großen Gesellschaften der hiesigen Börse geführt. Ein Delegirter der zu den ungelerten Arbeitern zählenden Gasarbeiter tabelte Ritchener dafür, daß er die Arbeitgeber veranlasse, ihre Arbeiter zu entlassen, um zurückgekehrte Reservisten besetzt zu beschäftigen, und Lord Roberts wies vor, daß er Arbeitgeber, bei denen Arbeiter streikten, Reservisten anbieten. Bei der Nennung von Roberts' Namen wurde gezischt. Ein Delegirter der als sozialistisch geltenden Londoner Gesellschaft der Schriftsetzer bekämpfte das Amendement und erklärte, er stünde auf Lord Roseberys Standpunkt. Zwei Delegirte der Hafenarbeiter von Gibraltar führten in gebrochenem Englisch Beschwerde darüber, daß der Gouverneur Sir George White und die militärischen Behörden in ihrem Streik die Arbeitgeber unterstützten. Der sozialistische Londoner Delegirte Thorne kündigte dann an, daß die von den Arbeitern gewählten Mitglieder des Gemeinderathes von Aberdeen es wegen dieses Vorgehens Whites gegen die Hafenarbeiter durchgesetzt hätten, daß White nicht das Ehrenbürgerrecht von Aberdeen ertheilt wurde. Diese Ankündigung erweckte sehr lauten Beifall.

Spanien.

Sämtliche Schiffsauslader in Denia sind in den Ausstand getreten. Fast alle Schiffe, welche in dem Hafen lagen, mußten, ohne entladen zu sein, wieder abdampfen. Der Schaden, welcher der Stadt aus dem Streik erwächst, ist enorm. Aus Sympathie für die streikenden Schiffsauslader sind später auch noch die Arbeiter der anderen Industriebetriebe in den Ausstand getreten, so daß der Streik jetzt nahezu allgemein ist.

Portugal.

Das verfezte Szepter. Wozu ein Szepter gut ist, hat die praktische Regierung von Portugal in einer düstern Stunde ihrer großen Selbstkammheit entbedt. Sie hat die Kronjuwelen, darunter auch das kostbare Szepter Don Juan's I., in einem Gesamtwerthe von 25 Millionen Francs verpfändet. Die Bank von Portugal, welche die kostbaren Steine beliehen hatte, soll nunmehr die Rückgabe der Gelder verlangen unter der Drohung, die Angelegenheit in die Öffentlichkeit zu bringen. — Es ist nicht hübsch von der Bank, die kluge Regierung, welche endlich eine produktive Verwendung für ihr zinslos lagerndes Juwelennaterial gefunden hat, so in Verlegenheit zu setzen.

Vereinigte Staaten!

Roosevelt ist auf seiner Fahrt durch das Land Mittwoch nur mit napper Noth der Todesgefahr entronnen. Wie aus New-York gelabelt wird, stieß bei einer Fahrt, welche der Präsident mit seiner Umgebung auf einem Jagdwagen von Pittsfield nach Lenox unternahm, der Wagen mit der elektrischen Straßenbahn zusammen. Der Präsident kam mit einigen Quetschungen und Hautabschürfungen im Gesicht davon. Der Geheimsekretär des Präsidenten, Cortelyou, erlitt ebenfalls leichte Verletzungen. Ein Geheimpolizist wurde getödtet; auch die Pferde wurden getödtet. Der Führer und der Schaffner des Jagdwagens wurden verhaftet. Ein weiteres aus Pittsburg eingegangenes Telegramm bestätigt, daß die Verletzungen des Präsidenten nur leichter nur sind.

Ernst und Getwerkschaft. Der amerikanische Weißblechtruf hat das Letzte seiner Werke, in welchem Mitglieder der „Trade Unions“ beschäftigt sind, geschlossen, da die Arbeiter die Lohnherabsetzung ablehnen, welche der Ernst für nötig hält, um der Standard Oil Company 1 1/2 Millionen Blatten Weißblech zu demselben Preise zu liefern, den die Werke in Wales fordern. Die Arbeiter, die größtentheils aus Wales stammen, lehnen die Lohnherabsetzung auch deshalb ab, um nicht den englischen Werken Grund zu Lohnherabsetzungen zu geben. Der Verband der Weißblecharbeiter hat an den Kongress ein Gesuch gerichtet, worin er Aufhebung des Gesetzes fordert, welches der

Standard Oil Company die Einfuhr von Weisbier, das sie für Ausfuhrzwecke gebraucht, zu ermäßigten Zoll-sätzen ermöglichen.

Philippinen.

Der Sultan von Mindanao, der in Mindanao als Geisels gefangen gehalten wurde, versuchte am letzten Donnerstag zu entfliehen und wurde von einer Schildwache erschossen. Der Sultan war nach den letzten Ermordungen amerikanischer Soldaten in Haft genommen worden. — Die Cholera greift um sich. Am Sonnabend wurden aus den Provinzen 340 Fälle gemeldet. Bis jetzt sind 27 929 Fälle vorgekommen, davon 19 640 mit tödlichem Ausgang. Durch Krieg, Minderpest und Cholera ist der Ackerbau um die Hälfte zurückgegangen. Viele ländlichen Distrikte sind völlig verarmt.

Westindien.

Zu dem neuen Ausbruch des Mont Pelee wird dem „New-York Herald“, der allerdings gern etwas in Sensation zu machen pflegt, aus St. Thomas gemeldet: Das Dorf Morne Rouge war bei dem Ausbruch des Mont Pelee in einem Augenblick von brühend heißem Wasser und Schmutzmassen überflutet, Ajoupa Bouillon wurde von den Schmutzplutten des Flusses und herniederfallenden Steinen zerstört. Während des Ausbruchs war die See in furchtbarem Aufruhr; eine Fluthwelle wogte längs der ganzen Küste. In Le Carbet kamen viele Personen in den Fluthen um. Nach der Eruption versank eine Strecke von mehr als einer Meile Länge am Ostende der Insel ins Meer. Aus Point à Pitre wird demselben Blatte telegraphiert: Grand Riviere auf Martinique ist gleichfalls zerstört; die Regierung beabsichtigt, den ganzen nördlichen Theil der Insel zwischen Corrairie und Le Carbet räumen zu lassen. In einem anderen Telegramm aus Point à Pitre heißt es: Die Schreckensszenen, wie sie sich bei dem ersten Ausbruch abspielten, wiederholten sich. Die Temperatur auf Martinique ist unerträglich. Ein dem französischen Minister der Kolonien aus Fort de France zugegangenes Telegramm bestätigt, daß die Dörfer Morne Rouge, Ajoupa Bouillon und Morne London durch den Ausbruch des Mont Pelee in der Nacht vom 30. zum 31. August zerstört wurden. Die Zahl der durch die Katastrophe Betroffenen wird auf etwa 1000 geschätzt, wovon 800 umkamen. Die Ueberlebenden wurden aus den verwüsteten Ortschaften nach Fort de France und Umgegend gebracht. Fort de France litt nicht.

München und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 4. September.

Achtung Maurer! Ueber den Arbeitsplatz von Carl Thiel u. Söhne ist die Sperrverhängt.

Die Lohnkommission.

Das Klunkern können die „ollen ehrlichen“ Lübeckischen Anzeigen“ nun einmal nicht lassen. So behaupten sie in ihrem Abendblatt vom Mittwoch mit der bei ihnen üblichen Peckheit, besser gesagt: Frechheit, daß den „sozialdemokratischen Führern“ nichts unangenehmer und unbequemer sei, „als die unermüdete Wachsamkeit und Gewissenhaftigkeit, mit der seitens der Heeresverwaltung die sozialdemokratische Seuche ferngehalten und unterdrückt wird.“ Die Wahrheit ist bekanntlich, daß unsere Genossen im bunten Rod immer und immer wieder von den „sozialdemokratischen Führern“ gewarnt werden, jede Agitation zu vermeiden, so lange sie sich im bunten Rod befinden, weil die etwaigen Erfolge mit den bei einer Entdeckung zu erwartenden Strafen viel zu theuer erkauft wären, und der Aufenthalt in den Vogel v. Falkenstein'schen „Ferienkolonien“ ohnehin schon für sich allein genügt, der Sozialdemokratie neue Anhänger zuzuführen. Wie mancher Arbeiter und Handwerker, besonders vom Lande, ist gerade erst in der Kaserne, mit ihrem Drill u. s. w., „sozialdemokratisch verseucht“ worden. Im Adressbuche ist man natürlich zu dumm, um so etwas zu wissen, und klunkert deshalb das Blaue vom Himmel herunter.

Abänderung des Bebauungsplanes der Vorstadt St. Lorenz in Anlaß der Bahnhofsverlegung. Die Veränderungen, die durch die Verlegung des Bahnhofes nach der Vorstadt St. Lorenz in den Verkehrsverhältnissen dieser Vorstadt eintreten werden, machen es notwendig, den durch Rath- und Bürgerbeschluß vom 16. Juli 1894 festgestellten Bebauungsplan für die Vorstadt St. Lorenz durchgreifend umzugestalten. Inwieweit und in welcher Weise diese Abänderungen erforderlich werden, läßt sich zwar, wie der Senat dem Bürgerausschuß mittheilt, zur Zeit noch nicht bezüglich aller Theile der Vorstadt, wohl aber schon jetzt hinsichtlich des Geländes übersehen, das von dem neuen Bahnkörper, der Fackenburg Allee und dem Schönböden Weg eingegrenzt wird. Die Baudeputation hat deshalb dem Senat unter Ueberreichung des von ihr gutgeheißenen Berichtes des Baudirektors Schaumann vom 23. Mai d. Js. zunächst das Projekt für die Abänderung des Bebauungsplanes in diesem Theil der Vorstadt vorgelegt. Der Plan ist auf Anordnung des Senates von der Baudeputation zur Einsicht aller Beteiligten öffentlich ausgelegt gewesen. Der Vorstand der St. Lorenz-Kirchengemeinde hat darauf in Rücksicht auf die Amtshäuser der beiden Geistlichen in der Kirchenstraße und dem Steinradeweg mittelst Eingabe vom 8. Juli d. Js. Einspruch erhoben. Da eine Schädigung dieser Grundstücke jedoch erst bei Durchführung der Straßenzüge nach Maßgabe des Bebauungsplanes in Frage kommen würde, so will der Senat erst diesen Zeitpunkt für die Prüfung der erhobenen Ansprüche abwarten. Weitere Einwendungen gegen den Plan wurden nicht erhoben. Der Senat ersucht nun den Bürgerausschuß, das Schaumann'sche Projekt, auf das wir noch zurückkommen werden, zu begutachten und es der Bürgererschaft zur Annahme zu empfehlen.

Wegen schwerer Beleidigung des hiesigen Baudirektors Schaumann hatte sich am Mittwoch vor der Ferienstrafkammer, Vorsitzender Landrichter Dr. Demler, der Zivilingenieur W. Schweer zu verantworten. Im vergangenen Frühjahr lagen der „Eisenbahnztg.“ zwei Flugblätter des Angeklagten bei, in denen die Baudeputation und besonders Baudirektor Schaumann scharf angegriffen wurden. Schaumann wurde des Diebstahls an geistlichem Eigentum bezichtigt, und auch sonst fehlte es nicht an Anklagen. Schaumann wurde darauf von seiner vorgelegten Behörde, der Baudeputation, die nicht weniger heftig in den Flugblättern mitgenommen war, veranlaßt, Strafantrag zu stellen. Zuerst wollte man

auch die Redaktion und den Verlag der „Eisenbahnztg.“ in Anklagezustand versetzen; indessen hat man später davon Abstand genommen und gegen Redaktion und Verlag des betr. Blattes das gerichtliche Verfahren eingestellt. So hatte denn Herr Schweer allein auf der Anklagebank Platz zu nehmen. Die Beweisaufnahme fiel für den Angeklagten nicht gerade sonderlich gut aus, so daß der Staatsanwalt gegen ihn 3 Monate Gefängniß beantragte. Nach nahezu dreiwöchiger Verurtheilung verurtheilte das Gericht den Angeklagten zu der außerordentlich hohen Strafe von sechs Monaten Gefängniß und Publikation des Urtheils in den drei hiesigen bürgerlichen Blättern. Wir werden auf den interessanten Prozeß, der sich bis in die zwölfte Nachstunde ausdehnte, in morgiger Nummer ausführlich zurückkommen.

Eine Walfisch-Ausstellung wird kommenden Sonnabend in einem Kieleszelle auf dem Burgfelde eröffnet werden. Der ausgestellte präparirte Körper und die Körperteile sind die eines Finnwales weiblichen Geschlechts, der am 10. April 1902 im nördlichen Eismeer unterm 71 Grad nördlicher Breite, 7 Meilen östlich vom Nordkap, geschossen wurde. Dieser durch zwei Schußwunden getödtete Finnwale wurde vom Fangdampfer „Svalen“ nach der Walfischstation geschleppt. Nach Zerlegung und Entfernung der Eingeweide traf der Kieleszelle nach einem Transport von fünf Wochen mittelst Schiff und Eisenbahn über Hamburg in Schwerin ein, um daselbst seine Konservirung zu erhalten, welche 10 Wochen in Anspruch nahm. Was die Größenverhältnisse dieses Kieleswales betrifft, so ist seine ganze Länge 22,25 Meter, seine größte Höhe 2,6 Meter. Die Entfernung von einer Spitze zur andern der beiden Seitenflößen beträgt 5,40 Meter. Der Rücken hat folgende Dimensionen: Von der Mundspitze bis zur Schlundröhre gemessen 4,20 Meter, die innere Breite beträgt 1,80 Meter, die Entfernung der Ober- und Unterlippe beträgt 2 Meter, das Lebendgewicht dieses Wales wird auf ca. 100 000 Kilogramm, sein Alter auf ca. 50 Jahre geschätzt.

Der Bürgerausschuß hielt nach den Ferien gestern die erste Sitzung ab. Nach Erledigung von 19 Senatsanträgen mußte die Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit aufgehoben werden. Die Verathung der noch übrig gebliebenen 7 Anträge soll in einer außerordentlichen Sitzung, die zu Mittwoch den 10. September, vormittags 10 Uhr, einberufen wurde, stattfinden. Näherer Bericht folgt.

Vom Hafen. 84 Schiffe, davon die Hälfte Dampfer, kamen in verflossener Woche auf dem Seewege hier an; nur 3 Schiffe waren ohne Ladung. 2 Dampfer beförderten nur Passagiere. Durch den Eibe-Trade-Kanal gelangten 30 Fahrzeuge nach hier.

Aus dem Gerichtssaal. Wegen roher Mißhandlung des Händlers Bürgens verurtheilte die Ferienstrafkammer am Mittwoch den wegen Körperverletzung bereits mehrfach verurtheilten Knecht H. aus Gr. Steinrade zu 3 Jahren Gefängniß. Wir haben s. B. mehrfach ausführlich über die Rohheit H.'s berichtet, der bekanntlich in der Morgenstunde des 18. Juni Bürgens mit einer Kartoffelhacke überfiel und ihm schwere Verletzungen beibrachte. — Die Wittve K., die bei einem Kaufmann als Reinemachefrau thätig war, hatte sich in den Besitz des Hauschlüssels zu setzen gewußt. Dadurch war es ihr möglich geworden, der Waarenbestände des Kaufmanns auch Nachts einen Besuch abzustatten und zu nehmen, was ihr gerade gefiel, bis eines Tages das Schicksal sie ereilte. Das Urtheil lautete auf 5 Monate Gefängniß.

pb. Angehalten wurde der Gehülfe eines hiesigen Wildhändlers von einem auf Posten befindlichen Schutzmann in der Nacht zum 2. d. Mts. gegen 12 1/2 Uhr, als er mit einem Fahrrad, an welchem eine schwere Last befestigt war, die Beckergrube herunterfuhr. Die genauere Beschichtigung des am Fahrrad hängenden Packetes ergab, daß sich darin ein ganzes und ein halbes Reh befand. Da die Vermuthung nahe liegt, daß dieses Wild entweder von einem Wilddiebe gekauft oder von dem Angehaltenen selbst auf unrechtmäßige Weise erlegt ist, zumal ein Bruder desselben sich bereits wegen Wilderens in Haft befindet, so wurde er festgenommen.

ph. Diebische Eier. Nachdem seitens des Inhabers eines hiesigen Drogengeschäftes angezeigt worden war, daß er seit einiger Zeit nicht unerheblich bestohlen werde, wurden sofort Ermittlungen angestellt, die zu einem überraschenden Resultate führten, indem nämlich in der Wohnung eines im Geschäft thätigen Lehrlings Waaren aller Art im Werthe von etwa 500 Mk. gefunden wurden.

Die Wasserwärme der Badeanstalt des Strahlenreiches betrug Mittwoch 19 1/2 Grad Celsius.

Parteigenossen im Fürstenthum Lübeck! Agitirt für die Oldenburgischen Landtagswahlen! Bildet überall Wahlkomitees! Sorgt für Geldmittel!

Mori. Der Herr Bauervogt. Cadlich, nach Verlauf von Wochen, war auf Veranlassung der Dorfschaftsgenossen innerhalb einer Woche eine Dorfschaftsversammlung vom Bauervogt einberufen worden mit der Tagesordnung: „Die Beschwerde der beiden Beigeordneten unserer Dorfschaft.“ Die Beschwerde ging dahin, daß die beiden Beigeordneten vom Bauervogt gar nicht beachtet werden. So ist z. B. die Abnahme einer Wegbreite erfolgt, ohne die beiden Beigeordneten hinzuzuziehen, und anderes mehr. Es muß lebhafteste Verwunderung erregen, daß nun diese Versammlung angerechnet Dienstag Nachmittags 3 1/2 Uhr stattfand, was seit Menschengedenken noch niemals dagewesen ist; und noch dazu mitten in der Ernte! Man geht indessen wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Versammlung gerade an diesem Tage und zu dieser Stunde, wo kein Arbeiter Zeit hat, einberufen war, weil die Militärvereiner von Mori und Fackenburg St. Sedan feierten und so ihren „blauen Dienstag“ bequem benutzen konnten, für den Bauervogt, der zugleich auch die Seele des Militärvereins ist, die Fahne zu schwenken. Und sie hatten sich denn auch nahezu vollzählig eingefunden, um ihrem spiritus rector im Kampfe gegen die „aufrührerische Rote“ beizustehen. Die Folge war ein neuer „Sedanfest“. Von den 49 Anwesenden erklärten 35 durch Stimmzettel, daß die Handlungsweise des Bauervogtes „korrekt“ gewesen, während nur 14 bezeugten, daß von Seiten des Dorfschichters ein Unrecht begangen sei. Selbstverständlich werden die 14 Protokollirer ihr Recht weiter suchen, und sich nicht mit dieser quasi Vergewaltigung zufrieden geben.

Neine Chronik der Nachbargebiete. Aus Berzheim traf der Besitzer des Etablissements „Armenwott“ in

Riel, W. Schröder, Sonntag Abend Salzsäure. Obgleich er sofort in die Heilanstalt befördert wurde und Hülfe gleich zur Stelle war, ist der unglückliche Mann in der Nacht zum Dienstag gestorben. — Das Torpedoboot „S 96“ lief mit zwei led gewordenen Kesseln in Riel ein. Durch die Kesselexplosion wurden Leiber auch drei Mann schwer (Feuermeistersmaat Tausch, Oberheizer Hoch und Heizer Nordhorst) sowie der Heizer Schmiedendorf leicht verletzt. — Unweit Boizenburg wurde der Schiffseigner Paul Stange aus Bichelsdorf bei Spandau von der vom Sturm herumgeworfenen Steuerfange vom Kahn in die Elbe geschleudert. Er ertrank. Seine Leiche hat sich bislang noch nicht finden lassen.

Mölln. Wegen Beleidigung des Bürgermeisters Detters und des Stadtraths Semlow hatte sich am Dienstag vor der Strafkammer in Altona der hiesige Handelsgärtner Scharneweber aus Mölln zu verantworten. Im März fand hier Stadtrathswahl statt, was für die biederen Bürger ein besonderes Ereigniß war. An den Wahlen wurde die Personenfrage nach allen Seiten hin besprochen. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Bericht immer und immer wieder aufgeführt, wonach der Bürgermeister Detters sich vor drei Jahren Scharneweber gegenüber sehr taktlos benommen und der Stadtrath Semlow auch nicht taktvoll gehandelt haben sollte. Es hieß, der Bürgermeister habe dem Angeklagten Geld für Blumenlieferungen geschuldet und als dieser ihm darüber nach langer Zeit eine Rechnung zugesandt, habe er ihm einen Polizeibeamten gewissermaßen aus Rachegefühl auf den Hals geschickt und ihm verboten, an einer bestimmten Stelle Dünger, Sand u. s. w. über den Bürgersteig zu schaffen. Ueber das Vorgehen des Bürgermeisters soll der Angeklagte mit Semlow gesprochen und nachher soll er der Wahrheit zuwider behauptet haben, Semlow habe, was er ihm im Vertrauen erzählt, dem Bürgermeister wieder erzählt. Der Angeklagte soll der Urheber des Gerüchtes gewesen sein und soll auch, wenn er darüber zur Rede gestellt wurde, gesagt haben, daß es auf Wahrheit beruhe. Er bestritt aber in der Verhandlung, schuldig zu sein. Wichtig sei, daß der Bürgermeister ihm Geld schuldig war und ihm gleich nach Zustellung der zweiten Rechnung den Polizeibeamten auf den Hals geschickt habe. Er habe dann mit Semlow im Vertrauen darüber gesprochen und ihn gefragt, ob wohl die Rechnung und das Vorgehen des Bürgermeisters im Zusammenhang stehen könnten. Was später gesprochen worden sei, dafür sei er nicht verantwortlich zu machen, denn er habe nur auf Anfragen Wahres mitgetheilt und Niemanden verächtigt. Der Bürgermeister bekundete, er habe von der Rechnung gar nichts gewußt, daß sie Sache seiner Frau gewesen, und gegen den Angeklagten sei er auf Vorstellung des Verschönerungsvereins vorgegangen. Stadtrath Semlow bestritt, daß er mit dem Bürgermeister über die Sache gesprochen habe, und erklärte, daß es beleidigend für ihn sei, daß ihm der Angeklagte, wie ihm bestimmt versichert worden sei, so etwas nachgesagt habe. Die Beweisaufnahme war sehr umfangreich. Das Gericht hielt den Angeklagten schuldig und verurtheilte ihn zu 20 Mk. Geldstrafe event. 2 Tagen Gefängniß.

Theloe. Ein blutiger Vorgang hat sich, wie nachträglich bekannt wird, bei den Militärbungen im Volkstedter Lager abgespielt. Bis vor einigen Tagen befand sich das in Schleswig garnisontirende Infanterieregiment Nr. 16 zur Uebung im Lager. Am Dienstag voriger Woche haben sich nun zwei Unteroffiziere der 5. Schwadron, Martens und Thomsen-Flensburg, angeblich wegen eines Mädchens, in der Kantine entzweit. Thomsen ging dann fort, von Martens gefolgt, welcher letzterer seinem Gegner ein Messer in den Rücken steckte. Er hat dann noch wie wahnsinnig auf den unglücklichen Thomsen losgeschrien und ihm im Ganzen elf Stiche versetzt; u. a. ist Thomsen der linke Arm völlig zerfetzt, so daß die Aerzte die Wunden nicht zu nähen vermochten. Thomsen soll seinen schrecklichen Verwundungen alsbald erlegen sein. Der Todtschläger wurde verhaftet und traf am Freitag Mittag unter Bedeckung in Schleswig ein. Er wird demnächst vor dem Kriegsgericht dortselbst abgeurtheilt werden. Höchst seltsam muß es erscheinen, daß der blutige Vorgang erst jetzt an die Oeffentlichkeit gelangt.

Flensburg. Der Provinzial-Parteitag für Schleswig-Holstein, Lauenburg, das Fürstenthum Lübeck und Hamburg fand Sonntag, Montag und Dienstag im hiesigen „Mühlenspavillon“ statt. Anwesend waren 76 Delegirte, sowie die beiden Reichstagsabgeordneten Genossen Frohne und v. Elm. In dem Geschäftsbericht der Agitationskommission, den wir jüngst bereits abgedruckt haben, wurde folgende Resolution angenommen: „In Rücksicht auf die stetig wachsenden Anforderungen, die an die Agitationsfonds der örtlichen und der Wahlkreis-Organisationen, sowie der Gesamtpartei gestellt werden, ist es unbedingt geboten, die regelmäßigen Beiträge in den sozialdemokratischen Vereinen zu erhöhen. Insbesondere dringt dabei die Erwägung mit, daß es unabwendbare Pflicht jeder einzelnen Parteigenossenschaft und jedes Wahlkreises ist, in stetig wachsendem Maße auch der vom Parteivorstand verwalteten Kasse gerecht zu werden. Die Theilnehmer des Provinzial-Parteitages sind hiermit angewiesen, in diesem Sinne in ihren Organisationen zu wirken. Der Parteitag erachtet alle sozialdemokratischen Organisationen verbunden, dieser Mahnung sofort zu entsprechen.“ Es wurde außerdem beschlossen, den Abonnementspreis der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ auf 2,10 Mark pro Vierteljahr festzusetzen, was eine Erhöhung um 10 Pfennig bedeutet. Einen sehr wichtigen Verhandlungsgegenstand bildete die Dänenfrage. Nach einem Referat des Genossen Adler-Kiel und nach längerer Debatte wurde dazu folgende Resolution angenommen: „Der Parteitag der Schleswig-Holsteinischen Sozialdemokratie hält es, weil Schleswig zum Theil von Angehörigen eines nichtdeutschen Volkes bewohnt ist, für richtig, für seine Stellung diesem gegenüber folgendes festzulegen: 1. Grundsätzlich wird anerkannt: a) daß die dänische Bevölkerung in Nordschleswig sowohl nach dem völkerrechtlich festgelegten Artikel V des Prager Friedens als nach dem Recht aller Völker auf Selbstbestimmung allein zu entscheiden hat, ob und wie weit sie zu Preußen oder zu Dänemark gehören will; b) daß alle Bewohner Nordschleswigs, die dänischen Stammes sind, so lange sie gezwungen oder freiwillig zum Deutschen Reich gehören, ein Recht auf Schuß ihrer nationalen Eigenart, ihres Volksthum, ihrer Mutter Sprache und volle politische Gleichberechtigung haben; c) daß es Pflicht der Sozialdemokratie ist, jede diese Rechte verletzende Politik einer Partei, eines Staates oder des Reiches rückhaltlos zu bekämpfen; d) daß es Aufgabe der Sozialdemokratie ist, die Proletarier des dänischen Volkes unter voller Anerkennung ihrer nationalen Rechte über den Sozialismus aufzuklären und für den Klassenkampf zur Eroberung der politischen Macht zu gewinnen. 2. Ausgehend von vorstehenden Grundätzen beschließt der Parteitag: a) eine wesentliche Aufgabe der Genossen, ohne Unterscheid der Abstammung, ist, in Schrift und Rede die Auffklärung der

dänischen Proletariat über den Sozialismus und ihren Anschluß an die Sozialdemokratie zu betreiben, und zwar, soweit es möglich ist, unter Gebrauch der dänischen Sprache; b) eine weitere Aufgabe der Genossen und der sozialdemokratischen Presse Schlemmer-Holsteins liegt in der rückhaltlosen Bekämpfung der Zwangsarbeit in jeder ihrer Erscheinungsformen; c) bei Stichwahlen zum Reichstag und bei den Landtagswahlen, wo die Entscheidung zwischen einem dänischen und einem anderen bürgerlichen Kandidaten steht, darf die national-oppositionelle Stellung der Dänen nicht maßgebend für die Stellungnahme der Genossen sein. Sie haben für den dänischen Kandidaten nur dann einzutreten, wenn dieser die bindende Erklärung abgibt, in der Mehrbelassung der Bevölkerung mit Böden und indirekten Steuern und in der Erhöhung der Militär- und Marinekraft entschieden entgegenzutreten und thätig für den demokratischen Ausbau des Wahlrechts sowohl zum Reichstag als vor allem zum preussischen Landtag wirken zu wollen. Daß die parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie, soweit es sich um Bekämpfung der Zwangsarbeit und den Schutz der nationalen Rechte der Dänen handelt, diese und die parlamentarische Unterstützung der Abgeordneten der Dänenpartei auf sich nehmen, bedarf nach den Grundgesetzen und der bisherigen Praxis der Sozialdemokratie im Reichstag keines Beschlusses, denn es geschah bisher und wird weiter geschehen. Am Dienstag sprach Genosse Adler über die nächstjährigen Landtagswahlen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der es für notwendig erklärt wird, daß schon jetzt in allen Wahlkreisen die Vorbereitungen für die Landtagswahlen zweekmäßig getroffen werden. Ueber die Kommunalwahlen sprach Genosse Koller. Kiel. Zu der mit Bezug hierauf angenommenen Resolution wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Genossen sich künftig wieder aktiv an den Kommunalwahlen beteiligen. Als Sitz des Agitationskomitees wurde Neumünster wiedergewählt. Internationale Arbeitermarxistaläle und einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde der Parteitag geschlossen.

Sonderburg. Wieder eine deutsche „Feldenthat“. Ausgewiesen wurde vom Bürgermeister

Klinker mit dreitägiger Frist der Zugführer der dänischen Staatsbahn Kopenhagen-Korsör, J. Fischer, welcher hier zum Besuch seiner alten Mutter eingetroffen ist!

Beste Nachrichten.

Straßburg. Ein Gendarm wegen Sittlichkeitsverbrechen vor dem Kriegsgericht. Wegen Sittlichkeitsverbrechen, Unterschlagung, Beleidigung, Hausfriedensbruchs, und Mißbrauches der Amtsgewalt hatte sich der in Gingsl auf Kügen stationierte Zugendarm Robert Vanzlaff von der zweiten Gendarmen-Brigade vor dem hiesigen Kriegsgericht zu verantworten. Das Sittlichkeitsverbrechen betraf drei Einzelfälle, die der Angeklagte in den Jahren 1900 bis 1902 in der Umgegend von Gingsl begangen haben soll. Für die Dauer der Sitzung war wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Nach einstündiger Verhandlung verurteilte das Kriegsgericht den Angeklagten zu fünf Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Ausstoßung aus dem Heere.

Leipzig. Schreckliches Bauunglück. Bei einem Gefährtensturz an dem im Bau begriffenen Wasserturm in Utschendorf wurden Mittwoch 28 Personen verletzt. Davon sind 10 Personen todt, 17 schwer und 4 leicht verletzt.

Erfurt. Einen schreckbaren Unfall erlitt der Tagelöhner Niemann aus dem benachbarten Etotterheim. Er glitt auf dem Felde auf einem hohen Fleck aus, fiel auf einen Erntewagen und sprang sich auf einem der zum Halten des Fleckes dienenden hölzernen Spieße auf. Dieser drang dem Bedauernswerthen tief in den Unterleib. Nur mit größter Hast konnte der Verunglückte aus seiner schrecklichen Lage befreit werden. Wenn er auch mit dem Leben davon kommen sollte, wird er lebensfähig arbeitsunfähig sein.

Silberstein. Großfeuer. In Sieboldshausen bei Duderstadt wurden am Dienstag durch ein Großfeuer 15 Gebäude, darunter die katholische Pfarre, eingeebnet. Als Entschädigung wurde dem um 12 Uhr Mittags ausgebrochenen Feuer die Brandversicherung angenommen.

Zweibrücken (Pfalz). Einen Morbanfall machte Montag Vormittag der Sträfling Philipp Danber aus Mutterstadt auf dem Aufseher Hof der hiesigen Strafanstalt. Danber stürzte im Schneiderei-Arbeitsraume plötzlich mit der Schere auf den Aufseher los und verletzte ihn durch Stiche in die Stirn und in die Brust gefährlich, aber nicht tödlich; glücklicherweise kam noch rechtzeitig Hilfe herbei.

Bilfen. Großes Aufsehen erregt der Selbstmord des Stadt- und Handelskammerathes Thomas Brüt. D. hinterläßt 400 000 Kronen Schulden.

Leoben. Auf gräßliche Weise verübte ein Hansbesterger und Otonomiepächter Selbstmord. Er hing auf dem W. H. H. Berg, nahm eine Dynamitpatrone in den Mund und brachte dieselbe zur Explosion.

Paris. Eisenbahnattentäter. Unter dem Verdacht, die jüngsten Attentate gegen den Exprekzng Dion-Paris verübt zu haben, wurden in Lyon acht Personen, darunter eine Frau und zwei Italiener verhaftet. Der Eisenbahnminister hat für die Festnahme der Schuldigen eine Belohnung von 20 000 Francs ausgesetzt.

Kapstadt. Der Sturm in der Algoa-Bay. Von dem infolge des Orkans gescheiterten deutschen Schiff „Nautikus“ sind drei Mann der Besatzung gerettet worden. Vom „Coriolanus“ ertranken zwei Mann, die übrigen wurden gerettet.

New York. Das „Sid“-Observatorium entdeckte einen neuen Kometen. — Aus Venezuela wird berichtet, daß unterirdisches Feuer entlang der ganzen Küste und Erdschöke in Carnano beobachtet werden.

Lübecker Marktpreise vom 3. September.

Bananen-Butter 1,05 M., Meierei-Butter 1,15 M., Hagen St. 3,30 M., Eaten St. 2,60 M., Hühner St. 1,60 M., Hühner St. 1, — M., Lauben St. 0,50 M., Gänse Pfd. — M., Fildgans — M., Schweinekopf 0,50 M., Schinken Pfd. 1,10 M., Brat Pfd. 1,20 M., Eier 9 Stk 60 Pfg., Kartoffeln 10 Stk 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1,00 M., Karanischen Pfd. 80 Pfg., Hecht Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 M.

Die glückliche Geburt einer gesunden kräftigen Mädchen zeigen an

T. Zimmermann und Frau.

Gesucht tüchtiger Schneidergeselle
Martin Fährbör, Wabmar. 24.

Ein Logis zu vermieten
Engelwisch 28, 12.

Fortzugshalber zum 1. Oktober eine abgeschlossene Parterre-Wohnung, enthaltend 3 Zimmer, Bodenstube und Zubehör
Kaiserfingerring Allee 72, part.

Ein freundl. abgesehl. Wohnung zu vermieten Marendorfer 12.

Kleines Haus zu kaufen gesucht in Nähe des Burgthors.
Offerten unter B L 88 an die Exp. d. Bl.

Büchse zu verkaufen sehr guterhaltene
Breitstraße 60, II.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** 10.
sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. M.:
Leberhosen . . . 1,80 — 8,15
Wasserhosen . . . 2,50 — 6,75
Schloßhosen . . . 1,88 — 5,25
Ueberziehhosen . . . 0,88 — 2,35
Zwisch-Dosen . . . 1,38 — 3,25
leimene Jaden, schräge und gerade, 1,33
Kragen, Hemden, Schlachterjaden, Friseurjaden,
Kaler-Mäntel ebenfalls billig
Mützen von 30 Pfg bis 1,88 M.

Einem geehrten Publikum zur gefälligen Kenntniss, daß ich mit dem heutigen Tage
49 Wiedestraße 49
ein Kolonial- und Fettwaaren-Geschäft
eröffnet habe.
Um freundlichen Zuspruch bittend.
Hochachtungsvoll
H. Grimm.

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Liefert prompt und sauber
Die Buchdruckerei des „Lübecker Volksb.“
Nach Travemünde
per Dampf „Pollux“ nach Jähren
ab Travemünde täglich 2,00 Nachm.,
nur noch bis i. d. Sonntag den 7. September.
Erkundigungen haben weiter statt auf Ansoners.
Nächste Woche Fahrt nach Verdratsja.
C. H. Petersen.

Einem geehrten Publikum der Westhofstraße und Umgegend zur
gef. Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage Westhofstraße Nr. 11
**eine Kolonial-, Fettwaaren- sowie Fleischbier-,
Brot-, Kartoffel- u. Brennmaterialien-Handlung**
eröffnet habe.
Für gute und reelle Waare zu billigen Preisen werde ich jede Sorge tragen
und bitte ich um Untersuchung geizig entgegen zu kommen.
Carl Buck.

Eine Dezimalwaage mit Gewichte und ein zweirädriger Ziehwagen zu verkaufen.
Schumacherstraße 17.

Wegen vollständiger Aufgabe
meines Möbel-Lagers, sehr billiger Ausverkauf zu und unter Einkaufspreisen, als
Möbel, Garnituren, Rouleaux- und Leinwand, Sophas,
Bettstellen mit Matrasen, Kleiderkästen, Wäschekästen,
Vertikows, Kommoden, Spiegel nebst
Schränke, Truhen mit Etuis, Sophaschische,
sowie ganze Braut-Ausstattungen, enorm
billig.
Aug. Meinecke,
Fiederstraße 20.

Wilh. Bartelt
Lübeck
11 Johannisstr. 11.
Empfehle
zu denkbar billigsten
Preisen:
**Betten, Bettfedern
und Aussteuer-Artikel.**
Federn per Pfund 35, 45, 95,
1,60, 2, —, 2,70, 3,50, 5,50
Inletts von 50 Pfg bis
320 M.
Herren-Anzüge
von 8,00 M an bis zu den feinsten
Sachen.
Knaben-Anzüge
von 1,50 M an in großer
Auswahl
**Wollene und
baumwollene Kleiderstoffe**
doppelte Breite, von 38 Pfg an.
Sämmtliche Mannsattlerwaaren.

**Verband der Bau-, Erd-
u. gewerbl. Hilfsarbeiter.**
Zahlsche Lübeck I.

**Mitglieder-
Versammlung**
am Freitag den 5. September
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50, 58
Tages-Ordnung:
1. Annahme neuer Mitglieder.
2. Wahl eines 1. Bevollmächtigten.
3. Bericht des Vorstandes.
4. Kartellbericht.
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.
Der Vorstand

Die in guter Ausführung hergestellten
Bilder
vom **Gewerkschaftsfest**
während der Festrede in Israelsdorf
sind in Cabinetformat erschienen und zum Preise von 50 Pfg. pro Stück zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Nur kurze Zeit!
Wiesen-Walfisch-Ausstellung
Lübeck, auf dem Burgfelde.
Eröffnung: Sonnabend den 6. September 1902:
Größte Ausstellung der Welt.
In natürlicher Größe, 22 Meter 25 Centimeter lang. Kein Skelett, sondern vollständig geruchlos präparierter Walfisch.
Wissenschaftliche Vorträge über: „Der Walfisch und sein Fang“.
Eintrittspreis: I. Platz 50 Pfg., II. Platz 30 Pfg., Kinder: I. Platz 30 Pfg., II. Platz 20 Pfg. (inkl. Sonder-Ausstellung). Nachzahlung findet nicht statt.
Geöffnet täglich von Morgens 9 bis Abends 10 Uhr.

**Räumungs-
Ausverkauf**
von
**Kinderwagen und
Sportwagen**
mit
15 pCt. Rabatt.
Das größte Lager hier am Platze.
H. Gröper
18 Mengstraße 18,
11 Kupferschmiedestraße 11.



Schule und Arbeiterschutz.

Trotz der großen Wichtigkeit, den der Kampf gegen den Wackertarif für die Arbeiter hat, dürfen wir nicht vergessen, daß in diesem Winter noch eine andere bedeutungsvolle Frage zur Entscheidung gelangt: Die Frage des gesetzlichen Schutzes der Arbeiterkinder, soweit sie in den gewerblichen Kleinbetrieben beschäftigt werden. Hier sind es ganz besonders die Kontrollmaßnahmen, mit denen sich die Arbeiter — und zwar aus doppeltem Grunde — beschäftigen müssen. Einmal deshalb, weil eine wirklich zweckmäßige Kontrolle in den Kleinbetrieben, namentlich in der Hausindustrie nicht leicht durchzuführen ist, und zweitens, weil davon, ob die Kontrolle wirksam ist oder nicht, schließlich der ganze Werth des neuen Schutzgesetzes abhängen wird.

Daß aber die von der Regierung vorgeschlagenen Kontrollmaßnahmen ungenügend sind, darüber herrscht fast Einstimmigkeit. Nach dem Regierungsentwurf hat der Unternehmer, welcher fremde Kinder beschäftigen will, dies der Ortspolizeibehörde schriftlich anzuzeigen. Er bekommt für jedes Kind eine Arbeitskarte, die er auszubewahren, auf amtlichen Verlangen vorzulegen und nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses zurückzugeben hat. Im übrigen soll der Bundesrath bestimmen, inwieweit die Gewerbeaufsichts-Beamten ihre Thätigkeit auf die Beschäftigung der fremden und eigenen Kinder in der hier in Betracht kommenden Betrieben erstrecken sollen. Diesem Versprechen können wir nicht die geringste Bedeutung beilegen. Denn bereits im Jahre 1891 ist dasselbe Versprechen zu Gunsten der Arbeiter auf Bauten in die Gewerbeordnung eingefügt, aber bis auf den heutigen Tag noch nicht erfüllt worden.

Mithin fehlt in dem Regierungsentwurf jede Sicherheit dafür, daß die vorgesehenen Arbeitskarten wirklich für jedes beschäftigte fremde Kind beschafft werden; für die Beschäftigung der eigenen Kinder aber enthält die Vorlage überhaupt gar keine Kontrolle. Deshalb ist angeregt worden, daß schon in dem Gesetz die Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf jede gewerbliche Beschäftigung fremder und eigener Kinder ausgesprochen und die Einzelstaaten verpflichtet werden sollen, die Zahl der Aufsichtsbeamten, unter Zuziehung von früheren Arbeitern und Arbeiterinnen, so zu vermehren, daß in den vielen Kleinbetrieben die nötigen Kontrollen vorgenommen werden können. Außerdem hat man auch die Mitwirkung der Schule empfohlen, um die Beachtung des gesetzlichen Kinderschutzes zu erzwingen.

Hierfür ist bei der ersten Lesung im Reichstage mit ganz besonderem Eifer der Abg. Dr. Zwiß eingetreten, der als Schulinspektor den Anspruch, als Sachkundiger zu gelten, erheben kann. „Wenn irgend Jemand“, so sagt er, „geeignet ist, für die Kontrolle über die Anträge für die gewerbliche Beschäftigung, über die Zurückziehung etwaiger Genehmigungen, in Bezug auf die Ertheilung der Karten, die für die Beschäftigung gegeben sein sollen, in Bezug endlich auf örtliche Vorschriften mitzuwirken, so ist es der Lehrer und die Schulbehörde. . . Der Lehrer muß den Schulbesuch der Kinder überwachen; wenn das Kind fehlt oder zu spät zur Schule kommt, so muß er vor der Strafanzeige sich die Mutter oder den Vater kommen lassen, um sich zu erkundigen, weshalb die Schulveräumnis eintrat, und prüfen, ob sie entschuldigbar oder strafbar sei. Diese Gründe müssen ihm auch angegeben werden, wenn das Kind eine erwerbsmäßige Beschäftigung hat. Einen besseren Weg als die Mithilfe des Lehrers bei der Kontrolle der Hausarbeit könnten Sie gar nicht finden.“ Diesen Ausführungen schloß sich der diesjährige deutsche Lehrertag an mit der Erklärung: „Die deutsche Lehrerversammlung spricht die Erwartung aus, daß die Lehrerschaft durch Mitwirkung bei der Ausstellung der Arbeitskarte und bei der Kontrolle an der Ausführung des Gesetzes, betreffend die Regelung der gewerblichen Kinderarbeit, betheiligt werde.“ Endlich hat auch der zuständige Minister, Graf v. Posadowsky, aller-

dings nur für seine Person, anerkannt, daß „in der lokalen Aufsicht über die Ausführung dieses Gesetzes eine dankbare Aufgabe für den Lehrer und die Schulaufsichts-Beörden liegen.“

Nun ist es freilich selbstverständlich, daß die Schule unter Umständen zum Schutze der Arbeiterkinder gegen gewerbliche Ausbeutung geeignet und verpflichtet ist. Das hat sich bereits bisher gezeigt; und die Verdienste, die sich ein Mann, wie der Volksschullehrer Konrad Agard in Rixdorf bei Berlin auf diesem Gebiete erworben hat, können garnicht hoch genug angeschlagen werden. Demgemäß erwarten wir auch für die Zukunft von der Schule einen heilsamen Einfluß zum Schutze der Kinder. Wie kann es auch anders sein? Der Lehrer muß, wenn er mit Erfolg an der Erziehung der ihm anvertrauten Kinder arbeiten will, sich bekannt machen mit dem ganzen Werdegang seiner Schüler, mit ihrem Verhalten nicht nur während des Unterrichts, sondern auch außerhalb der Schule und daher auch mit den Verhältnissen, in denen sie, beziehungsweise ihre Eltern leben. Und je mehr die bessernde Hand an die Schule gelegt, je mehr der Lehrer gegen Ueberlastung geschützt wird, je mehr er sich mit jedem einzelnen Schüler beschäftigen kann, einen desto tieferen Einblick wird er in alle die Momente gewinnen, die für die Ausbildung des Kindes von Wichtigkeit sind. Wie leicht ist es unter diesen Umständen möglich, daß der Lehrer schließlich zu der Ueberzeugung kommt, dieses oder jenes Kind werde im Widerspruch mit den gesetzlichen Schutzbestimmungen zur gewerblichen Arbeit herangezogen. In solchen Fällen wird es nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht des Lehrers sein, alles zu thun, um die betreffenden Kinder zu schützen, d. h. also, falls Mahnungen und Warnungen nicht nützen, in letzter Linie sich an die Gewerbeaufsichts-Beamten zu wenden und sie zum Einschreiten gegen die Unternehmer zu veranlassen. Ebenso ergibt es sich von selbst, daß die Lehrer bei ihren Zusammenkünften oder in der Fachpresse ihre Beobachtungen auf diesem Gebiete besprechen und dadurch an dem Ausbau des gesetzlichen Kinderschutzes, wie bisher so auch fernerhin, mitarbeiten.

Aber für ganz verfehlt würden wir es halten, wenn die Lehrer, wie der Abgeordnete Dr. Zwiß es forderte, über diese, aus ihrer Berufsthätigkeit sich von selbst ergebende Mitwirkung hinaus, gleichsam als eine besondere Art von Polizeibeamten bei der Durchführung des neuen Schutzgesetzes verwendet werden sollten. Denn dadurch würde ein Gegensatz zwischen den Eltern der Kinder und der Schule geschaffen, unter der die Erziehung der Kinder arg leiden müßte. Sieht es doch leider noch manche Eltern, die unter dem Drucke ihrer traurigen wirtschaftlichen Lage glauben, daß sie aus der gewerblichen Ausbeutung ihrer Kinder, so früh wie irgend möglich, einen Zufluß zu den Unterhaltungskosten ihrer Familie ziehen müßten. Von diesen Eltern werden sicher viele, auch nach Erlass des neuen Schutzgesetzes, es versuchen, die gewerbliche Beschäftigung ihrer Kinder selbst gegen die Bestimmungen des Gesetzes fortzusetzen. Wenn sie nun sehen, daß der Lehrer, wie ein Polizist, auf der Lauer liegt, um eine Uebertretung des Schutzgesetzes zur Anzeige zu bringen, so wird es nur zu oft vorkommen, daß sie ihren Kindern einschärfen, ihre Lehrer zu belügen, um sich auf diese Weise vor Strafe zu schützen. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben überall dort, wo sie schon bisher gegen eine gar zu unvernünftige Ausbeutung der Arbeiterkinder einschreiten konnten, wiederholt ein derartiges, zwar sehr verwerfliches, aber aus der Nothlage der unglücklichen Eltern erklärliches Verhalten beobachten müssen. Dadurch wird es aber dem Lehrer unmöglich gemacht, wenigstens seinen moralischen Einfluß, den er bei vorsichtigen, taktvollem Vorgehen, wie wir es oben geschildert haben, sicherlich erlangen kann, zum Schutze der Kinder zur Geltung zu bringen. Solange der Lehrer das Vertrauen der Schüler und deren Eltern besitzt, kann er mit Belehrung und Mahnung manche Eltern davon überzeugen, daß sie sich selbst und ihre Kinder durch die Uebertretung des Gesetzes schädigen. Das hört

aber sofort auf, wenn die Kinder und deren Eltern den Lehrer als einen Polizisten ansehen und ihm mit Mißtrauen begegnen.

Wie sehr leidet unter diesen Verhältnissen die Schule und damit die Erziehung der Kinder! Ein Kind, dem zu Hause beigebracht wird, daß es den Lehrer durch falsche Auskunft täuschen, die Mahnungen des Lehrers unbeachtet lassen soll, kann sich unmöglich die Achtung und Liebe zu seinem Lehrer bewahren. Es wird sich vielmehr daran gewöhnen, die Worte des Lehrers überhaupt nicht ernst zu nehmen und sich den Anforderungen der Schule möglichst zu entziehen suchen.

Aus diesen Gründen rathen wir von einer solchen Verwendung der Lehrer ab. Vielmehr sollte die Gewerbeaufsicht so weit ausgebaut werden, daß sie sich in dem nöthigen Maße auch mit den Zuständen in den Kleinbetrieben beschäftigen kann. Und werden dann die Beamten es verstehen, sich der Mitwirkung der Arbeiter-Organisationen zu bedienen, kann der Kampf gegen die Ausbeutung der Kinder im Klein-gewerbe mit gutem Erfolge geführt werden.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Wie wir bereits in letzter Nummer berichteten, ist der Aachener Straßenbahner-Ausstand beendet. Die Ausständigen haben die Anerkennung ihrer Organisation und eine Aenderung des Straßensystems erreicht. Die Wiedereinstellung der acht Gemahregelsten, von denen übrigens vier auf weitere Dienste bei der Direktion verzichtet hatten, ist nicht zugestanden worden. — In Como streiken seit Sonntag früh die Kellner und Köche. Die ersten Cafés und Restaurants der Stadt mußten infolge Mangels an Dienstpersonal schließen. Die Seidenweber der Provinz Como haben gleichfalls beschlossen, in den Ausstand zu treten. Ihre Zahl beträgt mehr als 2000.

Eisenbahnerstreik. Sonnabend Abend stellten auf dem sehr verkehrreichen Bahnhofe in Kottbus die Rangierer die Arbeit ein. Diese angehenden preussischen Beamten erhalten bei täglich 12stündiger Arbeitszeit 2,10 Mk. pro Tag. Früher bestand achtstündige Schicht, welche aus Ersparnisrückichten auf zwölf Stunden erhöht wurde. Um den Verkehr einigermaßen aufrecht zu erhalten, wurden sämtliche vom Fahrdienst eintreffende Beamte sofort zum Rangierdienst beordert. Am Sonntag Morgen trafen alsdann 75 Rangierer aus den verschiedenen Stationen des Bezirkes als Ersatz der Streikenden ein. Inzwischen hatten die Kaufpreiser, denen übrigens verschwiegen worden sein soll, aus welchem Anlaß und zu welchem Zwecke man sie nach Kottbus bringen wollte, nicht lange zu wirken. Bereits am Montag nahmen die Ausständigen die Arbeit wieder auf, nachdem ihnen versprochen worden war, daß die Lohnfrage untersucht werden soll. Der bisher gezahlte Anfangslohn beträgt 1,90 Mk., verlangt wird 2,50 Mk.

Durchgebrannt sollte nach Meldungen bürgerlicher Blätter der Genosse Schefer in Koburg sein, der Kassierer des dortigen sozialdemokratischen Landesvereins. Er sollte 250 Mark Kassengelder mitgenommen haben. Unser Parteiblatt für Koburg-Gotha theilt nun zu dieser Sache mit: „Durch eine vorübergehende Reise des Kassiers vom Landesverein und dem Gewerkschaftsartell, August Schefer, nach seiner Heimath, der Schweiz, ist das Gerücht entstanden, daß Schefer unter Mitnahme der Kassen durchgebrannt sei. Wir können demgegenüber feststellen, daß wir mit Schefer im brieflichen Verkehr stehen und daß bis auf einige kleine Montras die Bücher und Belege vollkommen in Ordnung sind und auch der Kassenbestand uns voll ausgehändigt worden ist. Schefer hat sich seinen Arbeitsplatz bei Herrn Hoffatler Pfiffer gesichert und tritt Sonnabend wieder hier ein.“

Von den polnischen Sozialisten. In der letzten

Leib Weihnachtskuchen und sein Kind.

Erzählung von Karl Emil Franzos.

15. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Nein, nein!“ sagte Leib ängstlich. „Ein Unglück ist's freilich nicht, aber . . . kein Glück. . .“ Und nun, dachte er, werden die Scheltworte und Vorwürfe auf mich niederprasseln.

Aber sie blieb still, nur ihr Athem ging schwerer. Und als er sie anblickte, da sah er zwei Thränen sich aus ihren Augen brechen und langsam ihre hageren Wangen herabrollen.

„Chane“, murmelte er und ergriß ihre Hand; er wollte etwas sprechen und konnte nicht, aber eine ganze Welt von Liebe und von Neue lag in dem einen zitternden Laut.

Sie hatte ihn verstanden. „Sprich nicht“, sagte sie mit erstarrter Stimme. „Es ist nicht unsere Schuld, daß uns kein anderes annehmbares Mittel mehr übrig bleibt, sie zu versorgen. . .“

„Deine Schuld nicht. . .“, murmelte er demüthig, „aber meine?“

„Klag' auch dich nicht an“, sagte sie abwehrend. „Wir brauchen unsere ganze Kraft. Laß uns jetzt ruhig bleiben. Also, darüber sind wir nun einig, daß wir sie wie David geben?“

„Ja“, sagte er fest. . . „Aber natürlich müssen wir unsere Miriam vorher noch fragen. . .“, setzte er zaghafter hinzu.

Sie sah ihn so voll starren Stummens an, als zweifle sie an seinem Verstande.

„Vorher fragen?“ wiederholte sie langsam, gedehnt. „Ob sie will?“

„Ich hab' nur gemeint!“

„Das ist Wahnsinn“, sagte sie herb. „Mein Vater hat mich nicht gefragt, und dein Vater dich nicht — und niemand fragt — höchstens die „Deutschen“ (die unfremden Juden) in Lemberg oder Czernowitz. Und deshalb sind unsere Ehen doch glücklicher, als ihre. Ist das wahr oder nicht?“

„Es ist wahr“, antwortete er.

„Und was weiß das Kind vom Leben? Sie wird „Nein“ sagen, schon, weil sie noch länger bei uns bleiben will, und noch mehr, weil sie das Alter des Mannes schreckt. Aber weiß sie auch genau, welches Schicksal sie sich durch ein „Nein“ bereitet?“

Er senkte das Haupt. Er hatte den Gedanken ausgesprochen, weil er mußte. . . Aber sein Weib hatte Recht, und noch viel anderes ließ sich dagegen sagen. Und dennoch! — ihm war's, als wären zwei verschiedene Wesen in ihm, das eine hatte gerufen: „Sie muß selbst entscheiden!“ und rief es noch, und das andere mahnte: „Es ist gegen Herkommen und Vernunft!“ Das Erste rief lauter, aber das Andere sprach eindringlicher.

„Nun?“ rief sie ungeduldig.

„Ich hab' nur gemeint: eben weil er so alt ist. . .“

„Also bestehst du darauf?“ fragte sie zitternd vor Zorn.

„Ich hab' dir vorher von der Seele nehmen wollen, daß unser Leben und unsere Armut und all die Sorge, in der wir nun stehen, deine Schuld sind. Aber bestehst du nun auf deinen Wahnsinn, so ist das Unglück meines Kindes deine Schuld — und die nimmt dir auch nicht Gott der Herr von der Seele. . .“

„Auf ihn nicht an!“ rief er stehend. „Was Er will. . . Ich weiß nicht, was Er da will!“ stieß er in qualvoller Angst hervor! „Ich hab' nur geglaubt. . . ich besteh' nicht darauf!“

Sie wollte noch ein zorniges Wort sagen, doch unterdrückte sie es, als sie sah, wie todtenbleich er war.

„Nun wohl“, sagte sie. „Dann wird sie erst in vier Wochen erfahren, daß sie Braut ist. Hast du etwas dagegen?“

„Nein.“ Denn nun hörte er in seinem Innern nicht mehr die beiden Stimmen, die so herb mit einander gestritten, sondern wieder nur eine und die sagte: „Mag sie wenigstens noch vier Wochen das harmlose, fröhliche Wesen bleiben, wie bisher.“

„Nun die Bedingungen. Was soll er ihr zusichern? Es ist nicht leicht zu entscheiden. Er ist reich, hat aber viele Kinder. Ich denke, tausend Gulden können wir fordern. Mehr nicht, aber dabei bleiben wir auch.“

„Wie du meinst“, sagte er demüthig.

„Dann die Aussteuer. . . Wir können ihr ja nichts mitgeben.“ Ihre Stimme zitterte schmerzlich. „Nur das Nothwendigste; ist er der brave Mann, für den wir ihn halten, so wird er dann auch sein Weib besser bedenken. . . Dreißig Gulden vielleicht für ein Kleid und einige Hemden. . .“

Auch ihm zuckte es schmerzlich um den Mund. „Es muß ja sein“, sagte er leise.

„Und endlich: was sollen wir für uns fordern?“

„Für uns?“ rief er und eine glühende Röthe überflammte sein Antlitz.

„Ja!“ erwiderte sie. „Was wundert dich daran? Wenn ein alter, reicher Mann die schöne, blühende Tochter armer Leute heirathet, so pflegt er seine Schwiegereltern zu bedenken. Mendele meint, wenn wir ihm den zehnten Theil abgeben, so wirkt er dreihundert Gulden für uns aus. . .“

„Chane!“ schrie er mit heiserer Stimme und schnellte empor. Nun war sein Antlitz todtenfahl. „Chane! — und das willst du annehmen?“

„Warum nicht?“ fragte sie. „Es ist ja so allgemein gebräuchlich, daß er selbst gleich hundert Gulden angeboten hat!“

Nummer der „Gazeta Robotnicza“ theilt der Parteisekretär der „P. P. S.“ offiziell mit, daß Genosse Merkowski aus dem Vorstand der genannten Partei ausgetreten ist. — Die schon gemeldete Hauszucht in den Räumen dieses Blattes fand statt, um den Verfasser eines Artikels über die Wreischener Affäre zu ermitteln. Die Schulbehörden in Posen haben Anklage wegen Beleidigung erhoben.

Partei-Preffe. Mit der Nr. 203 vom 31. August beschloß die „Neußische Tribüne“ in Gera ihr zehnjähriges Bestehen als Tageszeitung. Am 1. September 1892 ging die „Neußische Tribüne“ zum ersten Mal als Tageszeitung aus der Druckerei hervor. Vorher, vom 15. Januar 1890 bis zum 1. Mai 1891 war die „Neußische Tribüne“ wöchentlich zweimal und vom letztgenannten Tage an bis zum 1. September 1892 wöchentlich dreimal als Kopfblatt der „Thüringer Tribüne“ in Erfurt gedruckt worden.

Muer über die bayerische Wahlrechtsfrage. In den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlicht Genosse Muer einen Artikel: „Zum sozialdemokratischen Parteitag in München“, in dem er u. A. besonders eingehend über die Stellungnahme der bayerischen Landtagsfraktion zur Revision des bayerischen Landtagswahlgesetzes bespricht und seine Meinung dahin zusammenfaßt: „Wenn unsere bayerischen Landtagsvertreter die Ueberzeugung gewonnen hätten, daß nur durch ihre Zustimmung zur Resolution die Vorlage eines Wahlgesetzes auf Grundlage der in der Resolution aufgestellten Grundzüge zu erreichen sei, dann müßten sie, nach der in der Partei bisher üblichen Praxis, für die Resolution stimmen, denn diese bedeutet einen ganz erheblichen Fortschritt gegenüber dem in Bayern bestehenden Wahlrecht. Ergibt die Zukunft aber — und wir sind überzeugt, daß es so kommt — daß die maßgebenden Parteien einer den Forderungen der angenommenen Resolution entsprechenden Wahlreform nicht zustimmen, dann ist es eine Mamage der bürgerlichen Parteien, unsere Genossen aber haben sich nichts verborgen, denn ihr Schlußvotum haben sie sich selbstverständlich für alle Fälle vorbehalten. Wir meinen also, daß für den Parteitag gar kein Anlaß vorliegt, mit den Bayern ins Gericht zu gehen. Sicher aber werden die Verhandlungen über diesen Punkt nicht über den Rahmen parteigenössischer Meinungsanstausches hinausgehen und auf jeden Fall die Hoffnungen jener Gegner zu Schanden machen, die auch bei dieser Gelegenheit wieder die schon seit Jahren erwartete Spaltung in der sozialdemokratischen Partei erwarten.“

7. ordentlicher Verbandstag des Verbandes der Schneiderinnen Deutschlands. Am Sonnabend erpattete Stühmer namens der Kommission zur Verabreichung der Anträge zum Streik-Reglement Bericht. Ein Antrag Dresden: „Die Einführung einheitlicher Lohnsätze für Groß-, Mittel- und Kleinstädte der einzelnen Landesbezirke ist möglichst zu fördern,“ wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Ferner unterliegen sämtliche Abwehr- und Angriffsstreiks innerhalb des Verbandes der Oberleitung des Verbands-Vorstandes. Die Bericht-erstattungspflicht der Agitationskommissionen gegenüber dem Vorstande wurde festgelegt. Dem Vorstande ist bei Ausbruch von Werkstättenstreiks Mitteilung zu machen, widrigenfalls die Streikunterstützung verweigert werden kann. Die eingegangenen Beiträge dürfen ohne Zustimmung des Vorstandes nicht mehr zur Streikunterstützung verwendet werden. Die jeweiligen Streikleitungen sind verpflichtet, sowohl dem Vorstande wie der Redaktion der Fachzeitung wöchentlich einen objektiven Bericht einzusenden. Auf Antrag Altona ist in Zukunft das Nichtbezahlen der am Orte für notwendig befundenen Lokalsteuer rückwirkend auf ein eventuelles Unterstützungsgeheiß. Denjenigen Mitgliedern, welche im Interesse der Organisation sich Gefängnisstrafen zuziehen, wird diese Zeit als volle Mitgliedschaft in Anrechnung gebracht. Weitere Änderungen des Statuts bezwecken eine strengere Handhabung der Geschäfte, strengere Kontrolle der Lokalbeamten und größere Disziplin der Mitglieder. Auf Antrag Hamburg wurde beschlossen: Von den eingegangenen Mitgliederbeiträgen kann jede Mitgliedschaft 25 Prozent am Orte zurückbehalten. Die Ortsverwaltungen sind jedoch verpflichtet, dem Vorstande am Schlusse jeden Quartals Bericht zu erstatten. Die Kosten der Agitationskommission sind aus der Kampfkasse zu bezahlen.“ Lange Debatten riefen zwei Anträge hervor, die bezwecken, daß die Verbandstage nicht

wie bisher alle zwei, sondern alle drei Jahre stattfinden sollen. Beide Anträge wurden jedoch abgelehnt. Die Einberufung außerordentlicher Verbandstage wird etwas erleichtert. Den Vorstandspersonen werden nicht nur beratende, sondern auch beschließende Stimme auf den Verbandstagen eingeräumt. Die Tagesgelder der besol deten Beamten wurden nach langer Debatte von 5 auf 6 Mk. erhöht. Nach kurzer Debatte wurde die Sitzverlegung des Verbandsvorstandes von Stuttgart nach Berlin in namentlicher Abstimmung beschlossen. Die Sitzverlegung der „Fachzeitung“ von Hamburg nach Berlin wurde gleichfalls in namentlicher Abstimmung entschieden. Dafür stimmten 45, dagegen 12 Delegirte. Die Sitzverlegung ist somit beschlossen. Als Sitz des Ausschusses wurde Hamburg bestimmt. Zur Vorstandswahl und Rebalotierung wurde gleichfalls per Stimmzettel geschritten. Es erhielten als erster Vorsitzender Stühmer 54, als zweiter Vorsitzender Holzhäuser 53, als Kassierer Rüning 42 und als Redakteur der „Fachzeitung“ Sabath 53 Stimmen. Alle beschlossenen Statutenänderungen treten am 1. Januar 1903 in Kraft. Eine umfangreiche Debatte rief noch die Gehälterfrage hervor, die nach der vom Gewerkschaftskongreß vorgeschlagenen Skala wenigstens annähernd geregelt werden soll. Endlich gelangte folgender Antrag Virius mit nahezu zweidrittel Majorität zur Annahme: „Das Gehalt der Beamten beträgt 2100 Mk. und steigt jährlich um 100 Mk. bis zur Höhe von 2500 Mk., von da jährlich um 50 Mk. bis zur Höhe von 3000 Mk. Ferner gelangte nahezu einstimmig folgender Antrag Ritter und Genossen zur Annahme: „Der Verbandstag konstatiert, daß sich die Anstellung der Lokalbeamten in den verschiedenen Großstädten gut bewährt hat, beauftragt er den Vorstand, dieses System, wenn in den anderen Städten angängig, weiter auszubauen und dahin zu wirken, daß die Anstellung dieser Beamten in Bezug auf Entlohnung nicht unter 30 Mk. pro Woche zu geschehen hat.“ Die beiden vorstehenden Anträge treten am 1. Januar 1903 in Kraft. Den Beamten wird ein Urlaub von 14 Tagen jährlich und Holzhäuser thumlich sofort ein solcher von vier Wochen gewährt. Die „Fachzeitung“ wird Eigentum des Verbandes. Stühmer hat als erster Vorsitzender für den Verlag zu zeichnen. Der Redakteur kann nur vom Verbandstag gewählt werden. Dem Vorstande bleibt die Wahl des nächsten Tagungsortes überlassen. Sodann wurde noch eine Resolution, in welcher die Forderungen des Verbandes bezüglich der Verfassungsgesetzgebung formuliert sind, angenommen, und der Bericht der Beschwerdekommision entgegengenommen. Nachdem die ausländischen Gäste sich verabschiedet, schloß Timm in siebenter Abendstunde den Verbandstag mit eindringlicher Mahnung, Alles daran zu setzen, um die Organisation zu stärken. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband wurde der Verbandstag geschlossen.

In seiner „Weltpolitik“ bespricht Genosse Parvus die Broschüren Kautsky über die „soziale Revolution“ und sagt u. a. über Bernsteins an diesen Broschüren geübte Kritik: „Daß eine derartige Umwertung aller Grundbegriffe der Partei auf unsere Presse höchst befremdend wirken mußte, liegt auf der Hand. Noch eins kam dazu. Die Broschüren von Kautsky sind nicht eigentlich eine Streitschrift, sie sind eine Aufklärungsschrift im besten Sinne des Wortes. Man sieht aus jeder Zeile das ernste Bestreben, sachliche Klarheit zu schaffen. Man gewinnt auch den ganz bestimmten Eindruck, daß der Verfasser sich alle Mühe giebt, den Vertretern einer gegenseitigen Meinung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. In beiden Broschüren nicht ein einziges verletzendes Wort. Im Gegensatz dazu ist die Antwort von Bernstein ebenso freisüchtig wie leichtfertig und voll hämischer Ausfälle. Es macht sich deshalb eine Erbitterung gegen diese Bernsteinsche Kritik geltend, die sich bereits in Anträgen an den Parteitag Luft zu machen sucht. Ich halte alle Beschlüsse solcher Art für verfehlt. Schon die Lübecker Resolution war meines Erachtens ein Fehler. Man achtete die Person Bernsteins und theilte doch seine Ansichten nicht. Man schenkte deshalb eine lex Bernstein, um Bernstein gegen Bernstein zu schützen. Das Ende ist, wie wir sehen, daß Bernstein mit der Resolution durchging. Ich denke, es ist schließlich das einfachste, man läßt ihn schwachen. Er wird schon selbst dafür sorgen, daß er möglichst wenig gelesen wird.“ — Wir stimmen mit Parvus darin überein, daß es ein Fehler sein würde, die kostbare Zeit des Parteitags mit abermaligen Debatten über die vom Genossen Bernstein beliebte Taktik zu verträdeln.

Aus Nah und Fern.

Die neudeutsche Juristerei hat wieder eine neue Erfindung gemacht: Die indirekte Beleidigung. Das Verdienst daran gebührt Sachsen. Der Berliner „Volksgaz.“ wird über den Fall berichtet: Im Wege der Privatklage war der Angeklagte wegen Beleidigung des Privatklägers verurtheilt worden, weil er mit dessen Frau einen unerlaubten Verkehr unterhalten hatte. Er hatte Revision eingelegt, indem er besonders geltend machte, daß der Ehebruch nur eine Bestrafung nach § 172 des Strafgesetzbuches zulasse, eine Möglichkeit, die indessen hier nicht gegeben sei, da die Ehe nicht geschieden wurde. Eine Bestrafung wegen Beleidigung sei jedenfalls durch das Gesetz ausgeschlossen. Dieser Meinung ist der Gerichtshof (Oberlandesgericht in Dresden) jedoch nicht beigetreten, vielmehr hat er die Verurteilung des Angeklagten aufrecht erhalten. Wenn es auch zutreffend sei — so heißt es in der Begründung des Erkenntnisses —, daß der Ehebruch nicht an sich schon eine Beleidigung des verletzten Ehemannes darstelle, so läßt sich doch nicht in Abrede stellen, daß dies doch sehr wohl der Fall sein kann. Dies wird jedoch nur dann anzunehmen sein, wenn zu der ehebrecherischen Handlung noch besondere äußere Umstände hinzutreten, die die Annahme rechtfertigen, daß der Wille des Dritten nicht nur auf die Verletzung des zwischen den Ehegatten bestehenden Treueverhältnisses gerichtet gewesen sein, sondern daß der Angeklagte auch noch weitergehend eine Mißachtung des hintergangenen Ehemannes zum Ausdruck gebracht hat. Im vorliegenden Falle ergiebt sich dies aus der Thatsache, daß der Angeklagte das unklare Verhältnis mit der Frau des Privatklägers längere Zeit hindurch fortgesetzt in dessen Wohnung unterhalten hat. Ein solches Verhalten des Angeklagten widerspricht nicht nur in hohem Grade den Anforderungen der Sittlichkeit, sondern war auch geeignet, den Anspruch des Privatklägers auf Achtung seiner Rechte als Familienoberhaupt und als Hausherr in größtmöglicher Weise zu verletzen. Wer aber, wie der Angeklagte, die Wohnung eines Anderen hinter dessen Rücken in der geschiederten Weise herabwürdigt, giebt seine Meinung dahin zu erkennen, der Andere sei nicht werth, ihm gegenüber die Gebote der Sittlichkeit einzuhalten. Er hat daher eine gegen die Person des Privatklägers gerichtete Mißachtung kundgegeben, in der mit Fug und Recht eine gegen ihn begangene Beleidigung gefunden wurde. — Wir sind gewiß nicht im Geringsten geneigt, den Ehebrecher in Schutz zu nehmen. Wenn aber der Ehebruch als solcher nicht bestraft werden konnte, weil die Ehe nicht geschieden wurde, so ist das noch kein Grund, auf dem Wege der gewagten juristischen Konstruktion eine Bestrafung wegen „Beleidigung“ herbeizuführen. Mit denselben „Gründen“ kann man auch berechtigte gegen einen Anderen gerichtete Handlungen zu Beleidigungen stempeln. Die Seuche der Beleidigungsprozesse hat wahrlich schon genug um sich gegriffen, so daß gegen eine weitere Ausdehnung auf dem Wege gewagter juristischer Konstruktionen entschieden Einspruch erhoben werden muß.

Ein Fall widerwärtigen Denunziantenthums beschäftigte am 22. Mai die Strafkammer in Detmold. Eine Frau Käsemann und eine Frau Michaelis in Lemgo wohnten in demselben Hause und waren stark mit einander befreundet, so daß sie sich alle möglichen Dinge, auch solche, die sie garnichts angingen, unter dem Siegel der Verschwiegenheit anvertrauten. Später entzweiten sie sich und lebten in bitterer Feindschaft. Einen besonderen Schlag führte nun Frau Michaelis gegen die gehasste Feindin, indem sie diese wegen Beleidigung des regierenden Grafen zur Lippe-Biesterfeld bei der Staatsanwaltschaft denunzirte. Sorgsam vermeldete sie der Behörde all den albernsten Tratsch, den die ehemalige Freundin ihr früher als aus guter Quelle stammend anvertraut hatte. Die Strafkammer trat der ganzen Sache mit großem Mißtrauen gegenüber, aber sie war nicht in der Lage, die Aussage der Frau Michaelis für unglauwürdig zu erklären, da auch deren Tochter, Rosa Michaelis, die inkriminirten Aeußerungen eidlich bekräftigte. Frau Käsemann wurde dann wegen Majestätsbeleidigung zu einem Monat Festung verurtheilt. Ihre Revision wurde dieser Tage vom Reichsgericht verworfen.

Leib Weihnachtstuden rang die Hände. „Chane,“ rief er lebend, „das ist ja nicht dein Ernst, kann nicht dein Ernst sein. Weißt du denn nicht, was dies Geld wäre? ... Der“ — die Stimme verlagte ihm — „der Preis für dein Fleisch und Blut!“ jährie er auf.

„Aufium!“ rief sie gellend. Aber er noch lauter, in höchster Verzweiflung: „Mein Kind verlanf ich nicht! ... Ich nicht! ... ich nicht! ...“ Ein kampfhaftes Schluchzen erschütterte seine Stimme; er schlug die Hände vor das Gesicht und sank auf die Bank zurück.

Einem Augenblick schwing die Frau; eine so wilde, laute Leidenschaftlichkeit des Schmerzes war ihr an dem demüthigen Dauder angewohnt. Auch regte sich in einem Winkel ihres Herzens die dunkle Empfindung, als ob das doch nicht „Unkraut“ wäre ... Aber diese Regung ging rasch vorbei: was sollten sie besser und länger sein, als alle Welt? Und was würde aus ihnen beiden, wenn sie da nachgab? ...

Sie richtete sich auf. „Schrei nicht wie ein Verräther,“ sagte sie jäh, „und wein nicht wie ein Kind. Hör mich an!“ Dann wies sie ihm nach, daß sie nur einem allgemeinen Brauch folge, nannte ihm darauf die Namen einiger Leute, welche ebenso gehandelt. „Willst du denn Red David das Geld jenseits?“ schloß sie. „Und wie willst du dann den Nothge bezahlet, wie uns bezahlet unser Brod schaffen?“

Er hatte sie angehört, ohne sich zu regen. Man, da er die Hände vom Antlitz rücken ließ, konnte sie sehen, wie jäh es noch immer war, selbst die Lippen waren blaß. Aber die Stimme bebte nicht, als er sagte: „Ich thut's nicht, ich thut's nicht. Früher schon hab' ich geglaubt, Er wüßte: „Er wüßte sie fragen!“ Das war vielleicht ein Irrthum und was es doch so war, so muß er mir verzeihen. ... Aber was er mir jetzt sagt, für ich so beständig, wie brinn' Stimm' und ich für Seine

Worte: „Das darf nicht geschehen, Leib, dazu hab' ich auch nicht mit einem solchen Kind gesegnet, das wär' 'ne Sünd' und Schmach!“ Und darum wird's nicht geschehen!“

Er hob die Stimme nicht, aber fest und feierlich wie ein Gelöbniß lösten sich die Worte von den erblaßten Lippen.

Wieder fand die Frau zunächst kein Wort; der Zorn über seine Störrigkeit, das Entsetzen über ihre Folgen hielt ihre die Kehle zusammengepreßt. Und als sie sich endlich mit der Kraft der Verzweiflung dagegen aufbäumen wollte, da übermannte sie der Feind, der in dem siehen Leibe hauste.

„Und Nothge?“ rief sie. „Und ich? ... Ich hab' durch dich ein elend Leben gehabt ... aber ich fordere ein Strohbeleg ... Ich will nicht ... hinter der Haie ...“

Der Krampf erschütterte das letzte Wort völlig; das Gesicht verzerrte sich; und auf die Lippen, die sich wie in Todesangst weit nach Lust öffneten, trat blutiger Schaum.

Aber vielleicht noch fürchterlicher lag der selbe Zug der Todesangst auf dem Antlitz des Mannes. Er schwankte, wie ein Trautzner; die eine Hand umfalle die Tischkante, um Halt zu gewinnen, die andere redete sich zitternd empör.

„Ich kann nicht ...“ flüsterte er leise, „ich kann nicht!“

Miriam hatte die Mutter hatten hören; besorgt kam sie herbeigelaufen und umfachte sie. So entging ihr die Bewegung des Vaters. Erst als Chane, nachdem sie Athem gewonnen, den Blick sanfter auf ihn richtete, erkannte sie, daß es zwischen den beiden wieder einen Aufritt gegeben wie so oft: die Mutter schalt, der Vater suchte zu begünstigen oder nahm die Schelte in demüthigem Schweigen hin. Das war so, seit sie denken konnte; es gehörte mit zum Leben, wie

daß auf den Montag der Dienstag folgte; sie machte sich keine Gedanken darüber. Höchstens, daß ihr der Vater immer ein wenig leid that, etwas mehr, als sie sich selber leid that, wenn sie das gleiche Loos traf, aber wahrlich nicht allzufehr ... Heute, wo sie ihn so verstört wahrhaben sah, wie nie zuvor, überkam sie zum erstenmal im Leben der Gedanke: er ist so gut, so nachgiebig, denkt nie an sich selbst, warum ist die Mutter immer so hart gegen ihn? ... Unwillkürlich suchte der Arm zurück, den sie um Chane geschlungen, und die Augen richteten sich voll Liebe und Mitleid auf den Vater ...

Er sah den Blick und seltsam, der Mann, der sich sonst nur auf den Verkehr mit „Jhm“ verstand, aber mit Kinderaugen in die Welt blickte, erkannte, was in der Seele seines Kindes vorging ...

„Mein! mein!“ jährie er auf, als wollte er das Mitleid abwehren, sein Weib entschuldigen. Dann senkte er tief auf, schüttelte den Kopf und schlich sich aus der Stube.

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Von der „Hütte“, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag G. Wallfisch) ist soeben das erste Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Klingelstange. Erzählung von Clara Wiebig. — Clara Wiebig. Von Franz Diederich. — Die Entstehung der schaffischen Schweiz. Von Wilhelm Bölsche. (Schluß.) — Die Albigenser. Freie Dichtungen von Nikolaus Lenau. (Schluß.) — Im Hamburger Waisenhaus. Erinnerungen eines ehemaligen Högling's. Von H. (Schluß.) — Die Wanderzeit. Von Adolf Braun. (Schluß.) — Spruch. Von Goethe. — Maria und Josef. Ein Bild aus der Eifel von Clara Wiebig. — Max Regel. — Bunte Lese. Aus Goethes Briefen. — Kunstbeilage: Königstein. |